

Gutachten
Bericht

Marktgemeinde Ottensheim



LRH-210071/5-2010-ES

Auskünfte

Oberösterreichischer Landesrechnungshof
A-4020 Linz, Promenade 31
Tel.: (+43 732) 7720-11426
Fax: (+43 732) 7720-214089
E-Mail: post@lrh-ooe.at
www.lrh-ooe.at

Impressum

Herausgeber:
Oberösterreichischer Landesrechnungshof
A-4020 Linz, Promenade 31
Redaktion:
Oberösterreichischer Landesrechnungshof
Herausgegeben: Linz, im Dezember 2010

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	1
Struktur der Marktgemeinde	5
Eckdaten und Lageplan	5
Strukturelle Entwicklung	6
Organisation	6
Personalstand und Dienstposten	6
Personalausgaben	7
Konzeptionelle Grundlagen einer ziel- und wirkungsorientierten Verwaltungsführung	7
Aufbau- und Ablauforganisation der Marktgemeinde (Kernverwaltung)	8
Organisations- und Qualitätsanalyse	8
Führungsarbeit	9
Strategie und Planung	9
Personalmanagement	10
Externe Partnerschaften und Ressourcen	10
Prozess- und Veränderungsmanagement	10
Kunden-/Bürgerorientierte Resultate	11
Mitarbeiterzufriedenheit	11
Auswirkungen auf die Gesellschaft	12
Leistungsergebnisse der Organisation	12
Haushalts- und Finanzsituation	13
Haushaltsergebnisse	13
Haushaltsanalyse auf Basis der Rechnungsquerschnitte	14
Laufende Gebarung	15
Öffentliches Sparen	15
Freie Finanzspitze	17
Vermögensgebarung (ohne Finanztransaktionen)	17
Finanztransaktionen	18
Mittelfristige Finanzplanung 2009 - 2013	18
Maastricht-Ergebnis	18

Rücklagen	19
Verschuldung	19
Darlehen und sonstige Finanzverbindlichkeiten	19
Öffentliche und betriebsähnliche Einrichtungen	20
Donauhalle	20
Schülerausspeisung	20
Bauhof	21
Sonstige Feststellungen	22
Förderungen und andere freiwillige Leistungen	22
Anmietung von drei Tiefgaragenplätzen	22
Liegenschaftsbesitz	23
Einnahmen für private Nutzung öffentlicher Flächen	23
Außerordentlicher Haushalt	23
Überblick	23
Neubau des Amtsgebäudes	24
Allgemeines	24
Kosten und Finanzierung	24
Sanierung der Hauptschule	25
Allgemeines	25
Kosten und Finanzierung	25
Planung und Bauleitung	25
Erweiterung und Adaptierung der Polytechnischen Schule	26
Allgemeines	26
Kosten und Finanzierung	26
Planung und Bauleitung	26
Ausbau der Gemeindestraßen	27
Kosten und Finanzierung	27

Abkürzungsverzeichnis / Glossar

Begriff	Erklärung
A	
ABA	Abwasserbeseitigungsanlage
AfA	Abschreibung für Abnutzung
ao. H.	außerordentlicher Haushalt
B	
BZ	Bedarfszuweisungen
G	
GR	Gemeinderat
GemHKRO	Gemeindehaushalts-, Kassen- und Rechnungsordnung
I	
IB	Interessentenbeiträge
IKZ	Interkommunale Zusammenarbeit
K	
KLR	Kosten- und Leistungsrechnung
KTZ	Kapitaltransferzahlungen
KZ	Kennziffer laut Rechnungsquerschnitt
L	
LGBl.	Landesgesetzblatt
LRH	Landesrechnungshof
LRHG	Landesrechnungshofgesetz
M	
MA	Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen
MFP	Mittelfristige Finanzplanung
N	
NVA	Nachtragsvoranschlag

O

o. H. ordentlicher Haushalt

P

PE Personaleinheit

R

RA Rechnungsabschluss

RHV ReinhaltEVERband

RL Rücklagen

ROG Raumordnungsgesetz

RQ Rechnungsquerschnitt

S

SHV SozialhilfEVERband

T

TZ Transferzahlungen

U

USt. Umsatzsteuer

V

VA Voranschlag

VFI Verein zur Förderung der Infrastruktur der Marktgemeinde Ottensheim

W

WVA Wasserversorgungsanlage

Marktgemeinde Ottensheim

Prüfungszeitraum:

23.06.2010 bis 19.08.2010 mit Urlaubsunterbrechungen

Rechtliche Grundlage:

Gutachten im Sinne des § 4 Abs. 7 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Z. 8 des Oö. LRHG, LGBl. Nr. 38/1999 i.d.g.F.

Prüfungsgegenstand:

Die Entwicklung der Haushalts- und Finanzsituation, die Investitionstätigkeit im o. und ao. Haushalt sowie die Aufbau- und Ablauforganisation in der Verwaltung.

Prüfungsziel:

- Beurteilung der Haushaltsentwicklung und der Haushaltsführung sowie das Aufzeigen möglicher Konsolidierungsmaßnahmen
- Fördersystem: Förderungen und freiwillige Leistungen
- Überprüfung der Finanzierung einzelner ao. Vorhaben wie die Errichtung des Amtsgebäudes, Polytechnische Schule und HS-Sanierung, die im Rahmen einer gemeindeeigenen KG realisiert wurden bzw. werden
- Beurteilung der strategischen Ausrichtung der Gemeindeverwaltung im Hinblick auf NPM - Ansätze sowie auf Effektivität und Effizienz

Prüfungsteam:

Hubert Eschlböck (Prüfungsleiter) und Daniela Grillberger

Prüfungsergebnis:

Das vorläufige Ergebnis der Prüfung wurde der Bürgermeisterin in der Schlussbesprechung am 18.11.2010 zur Kenntnis gebracht.

Legende:

Nachstehend werden in der Regel punktweise die Sachverhaltsdarstellung (Kennzeichnung mit 1 an der zweiten Stelle der Absatzbezeichnung), deren Beurteilung durch den LRH (Kennzeichnung mit 2), die Stellungnahme der überprüften Stelle (Kennzeichnung mit 3 und im Kursivdruck) sowie die allfällige Gegenäußerung des LRH (Kennzeichnung mit 4) aneinandergereiht.

In Tabellen und Anlagen des Berichtes können bei der Summierung von gerundeten Beträgen und %angaben durch die EDV-gestützte Verarbeitung der Daten rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten. Im Regelfall wurden Beträge kaufmännisch gerundet.

Kurzfassung

(1) Ottensheim ist Wohngemeinde und aufstrebender Wirtschaftsstandort

Ottensheim ist mit 4.900 Einwohnern eine beliebte Wohngemeinde mit ständigem Bevölkerungszuwachs in der näheren Umgebung von Linz. Die Gemeinde ist auch ein aufstrebender Wirtschaftsstandort im Bezirk Urfahr-Umgebung mit zahlreichen mittelständischen Betrieben. Auch in der Zukunft ist die Marktgemeinde bestrebt, weitere Voraussetzungen für Betriebsansiedlungen und neue Wohnbauten zu schaffen.

(2) Gemeinde ist gefordert, auch in Zukunft den Haushaltsausgleich sicherzustellen

Die Gemeinde verfügt über eine günstige Einnahmensituation aufgrund der starken Finanzkraft und der Betriebsüberschüsse bei Wasser und Kanal. Dabei ist die Marktgemeinde um eine sparsame und wirtschaftliche Gebarungsführung bemüht, sodass die Haushaltssituation als solide anzusehen ist.

Der ordentliche und der außerordentliche Haushalt (ao. H.) zeigten in den letzten Jahren jeweils ein ausgeglichenes oder positives Ergebnis. Im Jahr 2008 verblieb im ordentlichen Haushalt (o. H.) ein Überschuss von 139.100 Euro, obwohl Rücklagenzuführungen und Anteilsbeträge an den ao. H. von zusammen 610.600 Euro getätigt wurden. Dieser Überschuss machte es möglich, dass im finanziell schwierigem Jahr 2009 im o. H. ein ausgeglichenes Ergebnis ausgewiesen werden konnte. Die eingetretene Verschlechterung der finanziellen Lage ist einerseits auf die krisenbedingten Mindereinnahmen bei den Ertragsanteilen und andererseits auf die höheren Transferzahlungen an das Land OÖ für Gesundheit und Soziales zurückzuführen.

Aufgrund der generell angespannten Finanzsituation der Gemeinden ist Ottensheim gefordert, auch in der Zukunft den Haushaltsausgleich sicherzustellen. Zu diesem Zweck sollte der Gemeinderat ein Konsolidierungskonzept verbindlich festlegen. Dabei wären auch mögliche Liegenschaftsverkäufe zu prüfen. Es muss jedenfalls weiterhin gewährleistet sein, dass Finanzplanungen für neue Investitionen mit den finanziellen Möglichkeiten im Einklang stehen. Auf die Leistbarkeit der Investitionen und deren Folgekosten ist durch eine realistische mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung besonders zu achten.

(3) Kooperation mit Nachbargemeinden prüfen

Das Bauhofgebäude ist mittelfristig zu sanieren. Die Gemeinde überlegt, mit einer Nachbargemeinde einen gemeinsamen Bauhof zu errichten. Bei der angedachten Bauhofkooperation mit Puchenau ist das starke Verkehrsaufkommen auf der Bundesstraße zu berücksichtigen.

Der LRH begrüßte die Kooperationsbereitschaft der Gemeinde. Er empfahl zu prüfen, ob Bauhofkooperationen auch mit anderen Nachbargemeinden möglich wären.

(4) Schuldenrechtliche Verpflichtungen steigen künftig an

Der Stand an Darlehen verringerte sich von 2007 bis 2009 um 440.000 Euro auf 4,53 Mio. Euro. Diese Verschuldung im engeren Sinn resultiert zu 96,6 Prozent (4,37 Mio. Euro) aus Förderungs- und Investitionsdarlehen, die zur Gänze aus dem Gebührenaufkommen zurückbezahlt werden. Nur 3,4 Prozent der offenen Darlehen (153.600 Euro) sind aus allgemeinen Deckungsmitteln abzustatten.

Zur Verschuldung im weiteren Sinn zählen auch Haftungsverpflichtungen gegenüber dem Abwasserverband Unteres Rodltal (763.200 Euro) und die Sonderfinanzierungen für die Marktplatzgestaltung und Feuerwehrraum Ottensheim. Der offene Barwert aus diesen Sonderfinanzierungen betrug 859.000 Euro. Der LRH stellte fest, dass die Sonder- und Fremdfinanzierungen laufender und geplanter Investitionen in den nächsten Jahren den Haushalt stark belasten werden.

(5) Betrieb des Sportzentrums braucht wirtschaftlichere Lösung

Das im Eigentum der Marktgemeinde stehende Sportzentrum „Donauhalle“ umfasst drei Tennisplätze, zwei Squash-Boxen, eine Sauna inklusive Dampfbad sowie einen Gastronomiebereich, welcher vermietet wird.

Das Sportzentrum wird seit 1991 auf werkvertraglicher Basis von einer Privatperson betreut. Dennoch muss die Gemeinde aus dem Betrieb jährlich einen hohen Abgang hinnehmen. Der LRH empfahl, den Werkvertrag für die Betreuung der Anlage im Hinblick auf mögliche Kosteneinsparungen zu prüfen. Auch sollte überlegt werden, ob für die künftige Betriebsführung wirtschaftlichere Lösungen möglich sind.

(6) Kostenbewusste Personalbewirtschaftung

Die Personalausgaben lagen 2007 bei 1,25 Mio. Euro und erhöhten sich 2009 vor allem durch Dienstjubiläen und Abfertigungszahlungen auf 1,37 Mio. Euro. Der Personalkostenanteil lag 2009 bei 22,7 Prozent der laufenden Ausgaben des Rechnungsquerschnittes bzw. 19,3 Prozent der ordentlichen Ausgaben. Nach Ansicht des LRH ist es durch eine kostenbewusste Personalbewirtschaftung gelungen, den Personalkostenanteil niedrig zu halten.

(7) New Public Management weiter ausbauen

In Hinblick auf die nach New Public Management neu auszurichtende Verwaltungsführung besteht Verbesserungsbedarf. Der LRH regte an, die Aufbau- und Ablauforganisation in der Kernverwaltung zu überarbeiten und unter Einbindung der Politik eine ziel- und wirkungsorientierte Verwaltungsführung zu schaffen. Dies erfordert eine zukunftsorientierte Aufgabenkritik sowie eine laufende Optimierung der Geschäftsprozesse.

(8) Umplanung beim Amtsgebäudeneubau war wirtschaftlich

Für das neue Amtshaus wurde ein Architektenwettbewerb durchgeführt. Das „Siegerprojekt“ - Um- und Zubau eines denkmalgeschützten Gebäudes mit Glaspavillon am Marktplatz - gelangte in abgeänderter Form zur Ausführung, indem anstelle des Glaspavillon für den Sitzungssaal eine Innenhoflösung im Hauptgebäude gefunden wurde. Dieses abgeänderte Projekt wurde im Rahmen eines mit der Aufsichtsbehörde abgestimmten KG-Modells realisiert, um bei den Errichtungskosten einen Vorsteuerabzug zu lukrieren. Das Vorhaben war mit 2,61 Mio. Euro geplant und wird voraussichtlich mit 2,78 Mio. Euro abgerechnet. Für den LRH waren die Mehrkosten nachvollziehbar. Auch die vorgenommene Umplanung des Projektes hielt der LRH für zweckmäßig.

(9) Architektenleistungen ohne Wettbewerb vergeben

Die Ziviltechnikerleistungen für die Sanierung der Hauptschule und die Adaptierung der polytechnischen Schule wurden an den örtlichen Architekten vergeben. Der LRH stellte fest, dass die Vergabe dieser Leistungen ohne Wettbewerb erfolgte.

(10) Zusammenfassende Empfehlungen

Aus der Gebarungsprüfung und der Analyse der Haushalts- und Finanzsituation regte der LRH folgende Konsolidierungsvorschläge an:

- Um auch in Hinkunft den Haushaltsausgleich sicherzustellen, sollte der Gemeinderat ein verbindliches Konzept festlegen (siehe Pkt. 16.2.).
- Etwaige Erlöse aus dem Verkauf von sanierungsbedürftigen Objekten sollten zur Finanzierung künftiger Investitionen verwendet werden (siehe Pkte. 16.2. und 33.2.).
- Auf Grund der hohen Abgänge beim Sportzentrum sind kostendämpfende Maßnahmen notwendig und daher näher zu prüfen. Vor kostenintensiven Sanierungsmaßnahmen ist auch die Einstellung des defizitären Betriebes samt Auswirkungen zu prüfen (siehe Pkt. 26.2.).
- Bei der Zuerkennung von Förderungen ist ein strengerer Maßstab anzulegen. Außerdem sollten Förderungsrichtlinien erstellt werden, um öffentliche Mittel gezielter einsetzen zu können (siehe Pkt. 31.2.).
- Für die private Nutzung von öffentlichen Grundstücken sollten Tarife festgesetzt werden, wodurch zusätzliche Einnahmen von ca. 7.000 Euro im Jahr möglich sind (siehe Pkt. 34.2.).
- Bei der Planung von Bauhofkooperationen sollten mehrere Alternativen geprüft und die Verkehrssituation auf der Bundesstraße besonders berücksichtigt werden (siehe Pkt. 28.2.).
- Die angemieteten drei Tiefgaragenplätze sollten aufgelassen werden, wodurch 3.200 Euro im Jahr eingespart werden können (siehe Pkt. 32.2.).

Die Organisationsanalyse ergab folgende Vorschläge zur Weiterentwicklung:

- Die Entwicklungsziele der Verwaltung präzisieren und mit den MA verstärkt kommunizieren. Führungskräfte sollten strategisches Arbeiten forcieren und entsprechende Strategien unter Berücksichtigung der Chancen und Risiken entwickeln (siehe Pkt. 8.2.).
- Einen verwaltungsinternen Reformprozess einleiten und die Organisation schrittweise ziel- und wirkungsorientiert ausrichten (siehe Pkt. 4.2.).
- Ein zukunftsorientiertes Personalentwicklungskonzept mit Schwerpunkt fachlicher und persönlicher Qualifizierung des Fachpersonals und der Führungskräfte erstellen (siehe Pkt. 9.2.).
- Eine produktorientierte Kosten- und Leistungsrechnung für die Verwaltung sollte zur Erhöhung der Kostentransparenz eingeführt werden (siehe Pkt. 11.2.).
- Geschäftsprozesse weiterhin optimieren und Aufgabenüberschneidungen zwischen einzelnen Stellen bereinigen (siehe Pkte. 2.2. und 5.2.).
- Organisationskultur der Verwaltung in den Bereichen Information und Mitsprache weiter verbessern (siehe Pkt. 13.1.).

Struktur der Marktgemeinde

Eckdaten und Lageplan

Politischer Bezirk: Urfahr-Umgebung
Landtagswahlkreis: Mühlviertel
Gemeindegröße: 11,84 km²
Seehöhe (Hauptort): 270 m
Besiedelung: 2 Ortschaften
Einwohner: 4.888 Personen
Hauptwohnsitze: 4.516 Personen

Wirtschaftsbetriebe (Betriebsstätten):

Gewerbebetriebe 136
 Handelsbetriebe 108
 Dienstleistungsbetriebe 93
 Tourismusbetriebe 33

Gemeindeamt:

4100 Ottensheim, Marktplatz 7

Gemeindepersonal: 11,9 Vollbesch.-Äquivalente

Gemeinderat: 25 Mitglieder
 (ÖVP 10, pro O. 8, SPÖ 4, FPÖ 3)

Gemeindewappen:



Lage in OÖ:



Infrastruktur Bildung und Kinderbetreuung:

Kindergarten (Verein) 1
 Hort (Verein) 1
 Volksschule 1
 Hauptschule 1
 Polytechnische Schule 1
 Landesmusikschule 1

Infrastruktur Straßen:

Gemeindestraßen 30,7 km
 Güterwege 13,3 km
 Landesstraßen 4,7 km

Ausgliederte Rechtsträger, Beteiligungen:

Verein zur Förderung der Infrastruktur der Marktgemeinde Ottensheim & Co KG
 Ottensheimer Drahtseilbrücke Gesellschaft m.b.H.

Wesentliche Mitgliedschaften, Kooperationen:

Abwasserverband Unteres Rodltal
 BAV Urfahr Umgebung
 Euregio Regionalmanagement Oberösterreich
 Lokale Agenda 21
 Leader – Region uwe
 Regattaverein Ottensheim
 SHV Urfahr Umgebung
 Wasserverband Fernwasserversorgung Mühlviertel
 Wegeerhaltungsverband Oberes Mühlviertel

Städtepartnerschaften:

Furth (Niederbayern)
 Vinac (Bosnien-Herzegowina)



Quellen: Land OÖ; Abt. GeoL; „Der Oberösterreicher 09/10“; Marktgemeinde Ottensheim (Stand Juli 2010);

Strukturelle Entwicklung

- 1.1. Ottensheim ist als ältester Markt im Mühlviertel mit 4.900 Einwohnern ein bedeutender Wirtschaftsstandort bzw. Wohngemeinde im Bezirk Urfahr-Umgebung. Durch zahlreiche mittelständische Betriebe und die Nähe zu Linz gewinnt die Marktgemeinde zunehmend an Bedeutung. Die Marktgemeinde hat seit Jahren einen ständigen Bevölkerungszuwachs und ist bestrebt, weitere Voraussetzungen für Betriebsansiedlungen und Wohnbau zu schaffen.
- 1.2. Der LRH anerkannte das Engagement der Gemeindevertretung und –verwaltung für eine nachhaltige Ortsentwicklung.

Organisation

Personalstand und Dienstposten

- 2.1. Der Personalstand blieb in den Jahren 2007 bis 2009 in etwa gleich. Das Personal verteilte sich zum Stichtag 31.12.2009 auf folgende Bereiche:¹

Bereich	Personen	Personaleinheiten
Kernverwaltung	15 ¹	12,53
Integrationshelferinnen und –helfer	4	1,84
Bauhof	7	6,37
Schulen (Schulwarte + Reinigung)	11	8,80
Schülerausspeisung	2	1,73
Gesamt	39	31,27

Laut Oö. Dienstpostenplanverordnung stehen der Marktgemeinde Ottensheim 15 Dienstposten in der Kernverwaltung zur Verfügung. Von den 15 Bediensteten in der Kernverwaltung sind 7 Bedienstete geringfügig beschäftigt. Die Personalsituation ist von einer geringen Personalfuktuation und wenigen Krankenständen geprägt.

- 2.2. Der LRH stellte fest, dass die Gemeinde mit 12,5 PE in der Kernverwaltung im Wesentlichen um eine sparsame Dienstpostenbewirtschaftung bemüht war. Im Vergleich mit strukturähnlichen und gleichgroßen bzw. größeren Gemeinden lag die Marktgemeinde im mittleren Bereich.

Das gemeinsame Sekretariat für die Bürgermeisterin und die Amtsleiterin ist nicht ständig besetzt. Die Tätigkeiten des Sekretariats werden auf verschiedene Bedienstete aufgeteilt. Um einen reibungslosen Dienstbetrieb in der Gemeindeverwaltung zu gewährleisten, wäre für eine ständige Besetzung des Sekretariats Sorge zu tragen. Dies erfordert eine entsprechende Prozessoptimierung, wodurch auch Aufgaben effizienter abgewickelt werden könnten. Damit die Marktgemeinde

¹ Von den 15 Bediensteten sind 14 Vertragsbedienstete und 1 Beamter.

weiterhin mit dem derzeitigen Personalstand das Auslangen findet, sollten Geschäftsprozesse vor allem in der Verwaltung laufend optimiert und das Personal möglichst flexibel eingesetzt werden.

Personalausgaben

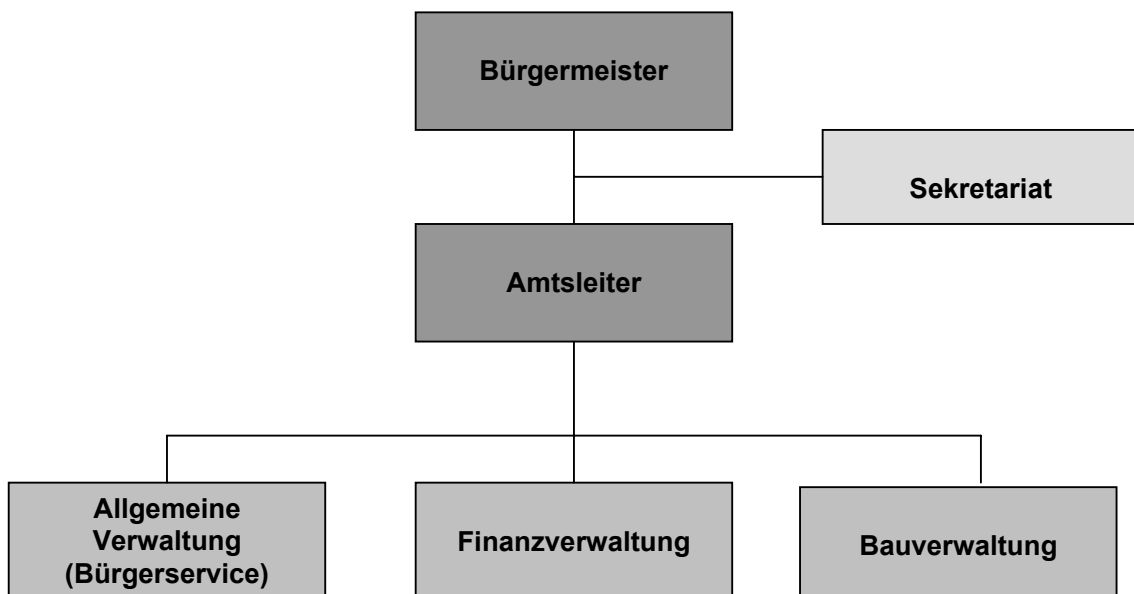
- 3.1. Die Personalausgaben (ohne Pensionen) beliefen sich 2007 auf 1,25 Mio. Euro und stiegen bis 2009 um 117.050 Euro bzw. 9,3 % auf 1,37 Mio. Euro. Der Personalkostenanteil lag 2009 bei 22,7 % der laufenden Ausgaben des RQ bzw. 19,3 % der ordentliche Ausgaben. Die Erhöhung der Personalausgaben sind durch Dienstjubiläen in der Kernverwaltung und Abfertigungsansprüchen im Bauhof und Schulbereich entstanden.
- 3.2. Nach Ansicht des LRH lag der Prozentanteil der Personalausgaben in einem angemessenen Bereich und war auf eine kostenbewusste Personalbewirtschaftung in der Gemeindeverwaltung zurückzuführen.

Konzeptionelle Grundlagen einer ziel- und wirkungsorientierten Verwaltungsführung

- 4.1. Das Konzept des New Public Management (NPM) gilt als Grundlage für die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung. Im Zentrum steht dabei der Wandel vom hoheitlichen Verwaltungsapparat hin zu einem wirkungsorientierten Dienstleistungsunternehmen. Deshalb fokussiert dieses Modell vor allem auf die Bedürfnisse der Kunden und Bediensteten sowie auf die Qualität der erbrachten Leistungen. 2004 wurden mit Hilfe einer externen Beratungsfirma bereits erste Schritte zur Verwaltungsmodernisierung gesetzt.
- 4.2. Der LRH gewann den Eindruck, dass die Verwaltung mit den Grundsätzen einer ziel- und wirkungsorientierten Verwaltungsführung vertraut war, aber diese noch nicht in allen Bereichen umgesetzt wurde. Daher sollte die Organisation weiter ziel- und wirkungsorientiert ausgerichtet werden. Eine zukunftsorientierte Aufgabenkritik wäre ebenso vorzunehmen, Geschäftsprozesse danach auszurichten und laufend zu optimieren. Die Politik sollte die Verwaltungsmodernisierung mit gestalten, indem die Bürgermeisterin und der Gemeindevorstand an der Erarbeitung von Strategien und Zielen mitwirken. Dabei sollten Visionen, Strategien sowie Zielplanungen eingefordert, hinterfragt und verbindlich vereinbart werden.

Aufbau- und Ablauforganisation der Marktgemeinde (Kernverwaltung)

- 5.1. Die Gemeindeverwaltung ist laut Organigramm in vier Bereiche gegliedert. Die Aufgaben der Bediensteten sind in der Arbeitsplatzbeschreibung und –bewertung sowie im Geschäftsverteilungsplan definiert.
- 5.2. Aus inhaltlicher Sicht stellte der LRH fest, dass die Tätigkeiten der MA untereinander nicht optimal verteilt sind. Um Schnittstellen zu vermeiden, sollten die Tätigkeiten fachbezogen den Bediensteten zugeordnet werden. In diesem Zuge wäre auch der Geschäftsverteilungsplan zu aktualisieren. Er regte weiters an, die derzeitigen vier Bereiche im Organigramm auf drei Bereiche zusammenzufassen, wobei das Sekretariat als Stabstelle für Bürgermeisterin und Amtsleiterin einzurichten ist. In der nachstehenden Grafik wird das Organigramm wie folgt dargestellt:



Organisations- und Qualitätsanalyse

- 6.1. In Anlehnung an neun Themenfelder eines europäischen Qualitätsbewertungssystems analysierte der LRH die Organisation der Marktgemeinde. Dazu führte er fünf Interviews mit den Führungskräften und der Personalvertretung. Weiters beurteilte er das aktuelle Betriebsklima durch eine anonyme, standardisierte Befragung innerhalb der Kernverwaltung mittels Fragebogen.

Die wichtigsten Ergebnisse und Empfehlungen aus der Organisations- und Qualitätsanalyse fasste der LRH unter den Punkten 7 bis 15 zusammen. In den Sachverhaltsdarstellungen sind eingangs die generellen Zielsetzungen des jeweiligen Themenfeldes beschrieben.

Führungsarbeit

- 7.1. Eine optimale Führungsqualität ist vor allem vom Engagement der Führungskräfte abhängig. Diese müssen die Interessensgruppen in der Gemeinde genau kennen und ein Gleichgewicht zwischen Bedarfen und politischen Vorgaben herstellen können. Die Führungskräfte der Kernverwaltung sind die Bürgermeisterin, die Amtsleiterin und die Leiter der einzelnen Fachbereiche.
- 7.2. Der LRH stellte fest, dass im Zuge der MA-Befragung die Mitarbeiterführung überwiegend positiv beurteilt wurde. Die seit 2009 tätige Amtsleiterin verfügt im Bereich der wirkungsorientierten Verwaltungsführung umfassendes Wissen. Da die Bürgermeisterin in der Gemeindeverwaltung sehr stark engagiert ist, verbleibt der Amtsleiterin wenig Spielraum, um ihre strategischen Fachkenntnisse im Bereich der Führung entsprechend einzusetzen. In der künftigen Führungsarbeit sollte daher verstärkt auf eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen Bürgermeisterin und Amtsleitung geachtet werden. Außerdem sollten die strategischen Fähigkeiten der Amtsleitung in der täglichen Führungsarbeit von der Bürgermeisterin mehr genutzt werden. Aus Sicht des LRH wären auch folgende Führungsinstrumente neu einzuführen:
 - **Führen mit Zielen:** Dies betrifft vor allem das Delegieren von Aufgaben an die MA, denen mehr Verantwortung für ihre Aufgabenbereiche übertragen werden sollte. Durch die Vereinbarung von Zielvorgaben wird dadurch die Amtsleiterin vom operativen Geschäft entlastet.
 - **Erarbeiten von Umsetzungsstrategien zur Verwaltungsmodernisierung** nach den Grundsätzen des NPM vor allem im Bereich der Organisations- und Personalentwicklung.
 - **Organisationskultur** in den Bereichen Information und Mitsprache der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter verbessern.

Strategie und Planung

- 8.1. Strategie und Planung müssen sich mit der internen Kultur, dem Aufbau und den Geschäftsabläufen einer Organisation auseinandersetzen. Strategie, Planung und Prozesse sollen fortwährend überwacht werden, um festzustellen, ob sie als Ganzes wechselnden Rahmenbedingungen gerecht werden. In der Gemeindeverwaltung sind mittel- und langfristige Ziele nicht schriftlich vorhanden. Die Gemeinde besitzt kein eigenes Leitbild. Im Rahmen des „Lokalen Agenda 21 Prozesses“ wurde ein Handlungsleitfaden für ein zukunftsfähiges Ottensheim erstellt, indem das Leitbild für die Gemeindeverwaltung integriert wurde.
- 8.2. Der LRH ist der Ansicht, dass die Gemeindeführung künftig einer einheitlichen Strategiefindung und Planung mehr Bedeutung beimessen sollte. Zu den im Handlungsleitfaden definierten Zielen wären Strategien zur Umsetzung zu entwickeln. Voraussetzung dafür ist, dass die mittel- und langfristigen Ziele der Gemeindeverwaltung mit den politischen Zielen abgestimmt werden.

Personalmanagement

- 9.1. Personalmanagement durchleuchtet, wie die Organisation Wissen und Potenzial der MA fördert und wie sie diese Aktivitäten plant, damit sie Politik und Strategie der Organisation unterstützen. Die Anforderungen an das Personal sind in den Arbeitsplatzbeschreibungen definiert.
- 9.2. Der LRH gewann den Eindruck, dass die Marktgemeinde zwar die Aus- und Weiterbildung förderte, jedoch dabei zu wenig planmäßig vorging. Dies kommt darin zum Ausdruck, dass es kein zukunftsorientiertes Personalkonzept gibt. Der LRH empfahl, ein solches Konzept zu erarbeiten, wobei folgende konkrete Aspekte zu berücksichtigen sind:
 - Der **Weiterbildung des Personals** zukünftig mehr Stellenwert beimessen und ein Schulungskonzept für die MA erstellen. Die Ausbildungsmaßnahmen sind im Rahmen des jährlichen Mitarbeitergesprächs zu vereinbaren. Ein wichtiger Bestandteil sollten dabei Schulungen zur ziel- und wirkungsorientierten Verwaltungsführung sein.
 - Die Einführung von **Projektmanagement** sollte als Hilfsinstrument für die Umsetzung neuer Vorhaben abseits des Tagesgeschäfts dienen.
 - Durch ein **innerbetriebliches Vorschlagswesen** soll das kreative Potenzial der MA zur laufenden Weiterentwicklung der Verwaltung in Hinkunft genutzt werden.

Externe Partnerschaften und Ressourcen

- 10.1. Das wesentliche Ziel, externe Partnerschaften und Ressourcen aufzubauen, besteht grundsätzlich darin, den eigenen Handlungsspielraum zu erweitern, sich Handlungsressourcen auf Feldern zu erschließen, die mit eigenen Mitteln und aus eigener Kraft nicht erreichbar wären. Ottensheim ist Mitglied bei Euregio Regionalmanagement Oberösterreich, Lokale Agenda 21, Leader – Region uwe und Regattaverein Ottensheim. Eine Ressourcensteuerung im Sinne einer Kosten- und Leistungsrechnung war bislang nicht vorhanden. Kooperationen mit anderen Gemeinden im Verwaltungsbereich fanden bislang noch nicht statt. Eine Kooperation im Bauhof wird bereits angedacht.
- 10.2. Der LRH anerkannte, dass Ottensheim bereits Kooperationen mit Organisationen aufbaute. Da das Gemeindeamt über ausreichende Ressourcen in personeller und räumlicher Hinsicht verfügt, sollte geprüft werden, ob im Bereich der Verwaltung noch Kooperationen mit anderen Gemeinden möglich sind.

Prozess- und Veränderungsmanagement

- 11.1. Prozess- und Veränderungsmanagement befähigt eine Organisation, ihre Prozesse zu verbessern und weiter zu entwickeln, um ihre Kunden und andere Interessensgruppen zufrieden zu stellen und einen Mehrwert für sie zu generieren. Die Verwaltung ist für laufende Veränderungen und Anpassungen ihrer Leistungen durchaus offen, die mit der Leistungserstellung verbundenen Kernprozesse wurden bislang nicht definiert.

- 11.2. Dem LRH ist bewusst, dass das Prozessdenken noch einer entsprechenden Entwicklung bedarf. Er hielt es für wichtig, das Denken in Leistungen (Outputs) und Wirkungen (Outcomes) in der strategischen Arbeit des gesamten Führungsteams zu erweitern. Der LRH empfahl der Gemeindeverwaltung, sämtliche Leistungen in einem Produktkatalog zu erfassen, wie dies bereits beim Bauhof erfolgt ist. Die mit der Produkt- bzw. Leistungserstellung verbundenen Abläufe wären in der Folge zusammen zu fassen und als Kernprozesse zu definieren. Die Kernprozesse sind laufend mit den Organisationszielen in Einklang zu bringen. Zur Steuerung des Ressourceneinsatzes bei der Leistungserstellung sollte die Gemeinde auf Basis der Produkte eine Kosten- und Leistungsrechnung aufbauen und steuerungsrelevante Kennzahlen entwickeln.

Kunden-/Bürgerorientierte Resultate

- 12.1. Für eine Verwaltung ist es bedeutsam, die Zufriedenheit ihrer internen und externen Kunden im Hinblick auf den Gesamteindruck der Organisation, ihre Produkte und Dienstleistungen, ihre Offenheit und ihre Kundenorientierung zu messen. In Ottensheim gab es bislang keine Befragungen auf Gemeindeebene.
- 12.2. Der LRH regte periodische Bürgerbefragungen an, die auf den Gesamteindruck der Organisation (Qualität, Kompetenz, Freundlichkeit, Öffnungszeiten, Wartezeiten usw.) schließen lassen. Dies gibt den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, zur politischen Willensbildung beizutragen und Verbesserungsmaßnahmen anzuregen.

Mitarbeiterzufriedenheit

- 13.1. Die Mitarbeiterzufriedenheit beeinflusst die Leistungsfähigkeit einer Organisation. Im Rahmen der Organisationsanalyse erhielten 14 Verwaltungsbedienstete einen standardisierten Fragebogen zur Erhebung des Betriebsklimas, wovon alle ausgefüllt retourniert wurden. Die zusammengefassten Ergebnisse aller Fragen erhielt die Bürgermeisterin in der Schlussbesprechung am 18.11.2010. Die wesentlichen Mitarbeiterergebnisse, die auf einen Gesamteindruck schließen lassen, sind in der Anlage 1 grafisch dargestellt. Als Resümee war folgendes festzustellen:
- Die Kollegenbeziehungen wurden mit 92,8 % als sehr gut bis gut eingeschätzt, 7,1 % empfanden sie durchschnittlich.
 - Die Führung durch die Vorgesetzten sahen 48 % der MA als sehr gut oder gut, 42,9 % bewerteten sie mit teils/teils und 7,1 % empfanden sie als weniger gut.
 - Die Organisation schätzten 42,9 % der MA als gut ein. 50 % bewerteten sie als durchschnittlich bzw. teils/teils und 7,1 % weniger gut.
 - Die Information schätzten 71,4 % als gut ein und der Rest sah Verbesserungspotential in unterschiedlichen Ausprägung, in dem sie mit teils/teils beurteilt wurde.
 - Die Mitsprachemöglichkeit empfanden 57,2 % positiv, 28,6 % bewerteten sie mit teils/teils und 14,3 % mit weniger gut.

- Die Interessensvertretung wurde unterschiedlich wahrgenommen. 38,5 % schätzten sie positiv, 30,8 % teils/teils und 30,8 % negativ ein.
 - Über die betrieblichen Leistungen waren 69,2 % zufrieden, 23,1 % teilweise und 7,7 % weniger zufrieden.
- 13.2. Für den LRH bestätigten die Umfrageergebnisse den Eindruck eines positiv wahrgenommenen Betriebsklimas. Er hob hervor, dass die guten Kollegenbeziehungen untereinander eine Grundvoraussetzung für den notwendigen Organisationsentwicklungsprozess bilden. Empfehlenswert ist eine periodische anonyme Mitarbeiterbefragung, bei der eventuell Probleme erkannt und ein Veränderungsbedarf besser ermittelt werden kann. Auch auf durchschnittliche Bewertungen sollte die Gemeinde näher eingehen, da es für diese Bereiche Verbesserungen in unterschiedlichen Ausprägungen gibt.

Auswirkungen auf die Gesellschaft

- 14.1. Dieses Themenfeld beschäftigt sich mit der Frage, welche Ergebnisse die Organisation im Zusammenhang mit den Erwartungen und Bedürfnissen der Gemeinschaft erzielt. Es geht dabei auch um die Haltung der Organisation zu gesellschaftsrelevanten Fragen.
- 14.2. Der LRH anerkannte, dass die Marktgemeinde in der Vergangenheit Impulse in den verschiedensten Bereichen setzte. Insbesondere das Engagement in Bezug auf die örtlichen Vereine war in Anbetracht der zur Verfügung stehenden guten Infrastruktur lobenswert.

Leistungsergebnisse der Organisation

- 15.1. In diesem Bereich geht es um gemessene Leistungen und Wirkungen der Organisation bei der Erreichung von Zielen. Die Leistungsergebnisse geben Aufschluss darüber, wie die Organisation funktioniert und wie effektiv und effizient sie ihre Ressourcen einsetzt.
- 15.2. Nach Ansicht des LRH sollte die Gemeinde sukzessive beginnen, ihre Leistungen auf nachvollziehbare Weise zu planen, zu messen und diese zu evaluieren.

Haushalts- und Finanzsituation

Haushaltsergebnisse

16.1. Die Haushaltsrechnung wies in den letzten Jahren folgende Ergebnisse (Beträge in Euro) aus:

Jahr	ordentlicher Haushalt	außerordentlicher Haushalt	Gesamthaushalt
2007	700	66.700	67.400
2008	139.100	153.200	292.300
2009	ausgeglichen	19.900	19.900
VA 2010	ausgeglichen	-114.300	-114.300

Der ordentliche (o. H.) und der außerordentliche Haushalt (ao. H.) zeigte in den letzten Jahren jeweils ein ausgeglichenes oder positives Ergebnis. Im Jahr 2008 verblieb im o. H. ein Überschuss von 139.100 Euro. Dabei war es möglich, Rücklagen von 336.800 Euro zu bilden und Anteilsbeträge an den ao. H. von 273.800 Euro zu leisten. Der Überschuss 2008 kam dem finanziell schwierigerem Jahr 2009 zugute, wodurch der o. H. ausgeglichen werden konnte. Die eingetretene Verschlechterung der finanziellen Lage ist einerseits auf die krisenbedingten Mindereinnahmen bei den Ertragsanteilen und andererseits auf die höheren Transferzahlungen an das Land OÖ für Gesundheit und Soziales zurückzuführen. Dabei hat der o. H. bisher vor allem aus Betriebsüberschüssen der WVA und ABA (2007: 447.600, 2008: 478.400 und 2009: 418.600 Euro) profitiert.

Hinsichtlich dem im RA 2009 im ao. H. ausgewiesenen Ergebnis (19.900 Euro) ist zu berücksichtigen, dass

- einerseits Einnahmen aus Rücklagenentnahmen von über 300.000 Euro im Gemeindehaushalt belassen wurden, welche erst zu einem späteren Zeitpunkt an die gemeindeeigene KG weiter geleitet werden,
- andererseits ein Mittelüberhang aus dem Vorjahr (112.100 Euro) nicht ergebnisverbessernd dargestellt wurde.

Laut VA 2010 ist der o. H. wieder ausgeglichen, wofür allerdings Rücklagen von 142.000 Euro benötigt wurden. Im ao. H. wurde ein Fehlbetrag von 114.000 Euro präliminiert. Dieser betrifft hauptsächlich die teilweise unbedeckten Ausgaben für Straßenbaumaßnahmen.

16.2. Der LRH stellte fest, dass Ottensheim aufgrund der starken Finanzkraft und der hohen Betriebsüberschüsse bei Wasser und Kanal über eine günstige Einnahmensituation verfügt. Da die Marktgemeinde auch um eine sparsame und wirtschaftliche Gebarungsführung bemüht war, kann die Haushaltssituation als solide angesehen werden.

Um den Haushaltsausgleich und das Haushaltsgleichgewicht auch in der Zukunft sicherzustellen, sollte der Gemeinderat ein Konsolidierungskonzept verbindlich festlegen. Dabei wären auch mögliche Liegenschaftsverkäufe zu prüfen. Es muss jedenfalls weiterhin gewährleistet sein, dass Finanzplanungen für neue Investitionen mit den finanziellen Möglichkeiten im Einklang stehen. Auf die Leistbarkeit der Investitionen und deren Folgekosten ist durch eine realistische mittelfristigen Finanz- und Investitionsplanung besonders zu achten.

Haushaltsanalyse auf Basis der Rechnungsquerschnitte

17.1. Der nach der VRV geforderte Rechnungsquerschnitt ist dem Begriffssystem des Europäischen Systems volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (ESVG 95) nachgebildet und stellt die wirtschaftlichen Sachverhalte des o. H. und ao. H. gemeinsam dar. Er dient der Ermittlung des Maastricht-Ergebnisses, wobei auch die mittelfristige Finanzplanung auf der Querschnittsrechnung aufbaut. Nachstehende Tabelle (Beträge in Tausend Euro) zeigt die Rechnungsquerschnitte der Marktgemeinde in verdichteter Form. Die Details dazu sind in der Anlage 2 zu entnehmen und werden unter Pkt.18 bis 21 des Gutachtens näher beleuchtet.

KZ	Bezeichnung	2007	2008	2009	08/09
		Summe o. + ao. H.			in %
	Laufende Gebarung				
19	Einnahmen	6.769,2	7.151,4	6.922,2	-3,2%
29	Ausgaben	5.821,6	6.245,9	6.455,5	3,4%
91	Saldo 1: Ergebnis der laufenden Gebarung	947,6	905,5	466,7	-48,5%
	Vermögensgebarung				
39	Einnahmen	472,4	596,3	1.425,8	139,1%
49	Ausgaben	624,3	886,7	2.296,5	159,0%
92	Saldo 2: Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	-151,9	-290,5	-870,7	-199,7%
	Saldo 1 und Saldo 2	795,8	615,1	-404,0	-165,7%
	Finanztransaktionen				
59	Einnahmen	5,7	23,8	483,8	1932,8%
69	Ausgaben	654,3	565,1	314,5	-44,3%
93	Saldo 3: Ergebnis der Finanztransaktionen	-648,5	-541,3	169,3	131,3%
94	Saldo 4: Jahresergebnis ohne Verrechnung o. / ao. H. u. ohne Abwicklungen	147,2	73,8	-234,7	-418,0%
82 - 86	Abwicklung Sollergebnis Vorjahre	-79,9	219,5	254,6	16,0%
99	Administratives Jahresergebnis	67,4	293,3	19,9	-93,2%

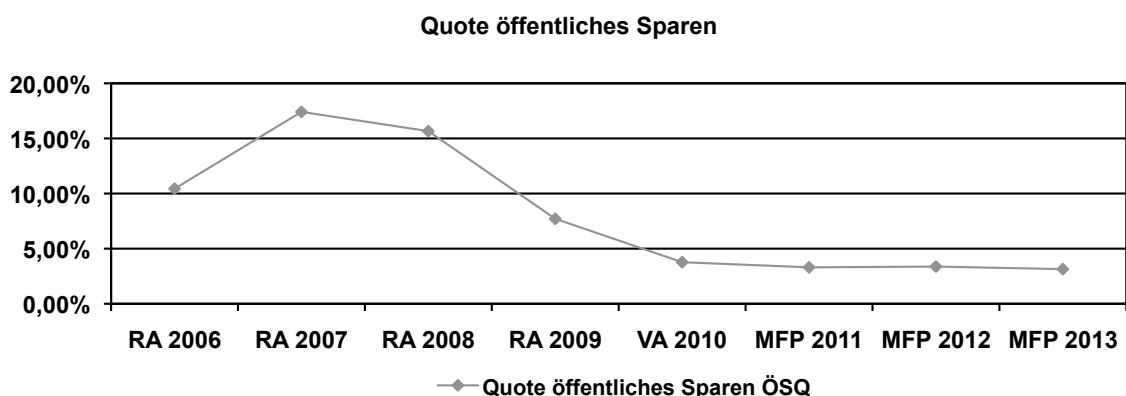
17.2. Der LRH stellte im mehrjährigen Vergleich folgendes fest:

- Das Ergebnis der laufenden Gebarung (Saldo 1 des RQ) sank 2008 um 42.100 Euro bzw. 2009 um 438.900 Euro auf 466.650 Euro. Während die Einnahmen von 2007 auf 2008 um 382.150 Euro stiegen, sanken sie 2009 um 229.200 Euro. Die Ausgaben stiegen jeweils um 424.250 Euro bzw. 209.600 Euro an. Die Mehrausgaben wurden hauptsächlich durch Personalausgaben und lfd. Transferzahlungen verursacht.
- Das Ergebnis der Vermögensgebarung wies negative Salden aus. 2007 belief sich der Saldo auf -151.900 Euro, der sich 2009 auf -870.700 Euro erhöhte. Die Einnahmen stiegen 2007 bis 2009 vor allem bei den Kapitaltransferzahlungen von Trägern des öffentlichen Rechts um 953.400 Euro auf 1,43 Mio. Euro. Die Ausgaben erhöhten sich von 2007 bis 2009 infolge höherer Investitionen und sonstigen Kapitaltransferzahlungen um 1,67 Mio. Euro auf 2,30 Mio. Euro.
- Der Finanzbedarf der Vermögensgebarung konnte 2007 und 2008 aus den Überschüssen der laufenden Gebarung gedeckt werden. 2009 war dies nicht mehr möglich.
- Die Ergebnisse der Finanztransaktionen wiesen 2007 und 2008 wegen hoher Rücklagenzuführungen und Darlehensrückzahlungen negative Salden von 648.500 bzw. 541.300 Euro aus. 2009 konnte durch Rücklagenentnahmen ein positiver Saldo von 169.300 Euro erzielt werden, wodurch die hohen Ausgaben bedeckt werden konnten.

Laufende Gebarung

Öffentliches Sparen

18.1. Das öffentliche Sparen zeigt sich im Ergebnis der laufenden Gebarung. Die daraus ableitbare Sparquote² erhöhte sich 2006/2007 von 10,4 % auf 17,4 % und sank allerdings bis 2009 auf 7,7 % ab. Laut MFP wird sich die Sparquote bei ca. 3 % einpendeln.



² Berechnung der Sparquote: Ergebnis der laufenden Gebarung (KZ 91)/laufende Ausgaben (KZ 29)*100. Je höher die öffentliche Sparquote ist, desto mehr Mittel stehen für die Finanzierung von Ausgaben der Vermögensgebarung und für die Rückzahlung von Schulden zur Verfügung.

18.2. Der LRH stellte fest, dass die Marktgemeinde in den Jahren 2007 bis 2008 noch über eine gute Sparquote verfügte, die ausreichenden Spielraum für Investitionen gab. Ab 2009 fällt sie infolge der rückläufigen Ertragsanteile und Erhöhung der Pflichtausgaben stark ab.

Zu den einzelnen Einnahmenarten stellte der LRH folgendes fest:

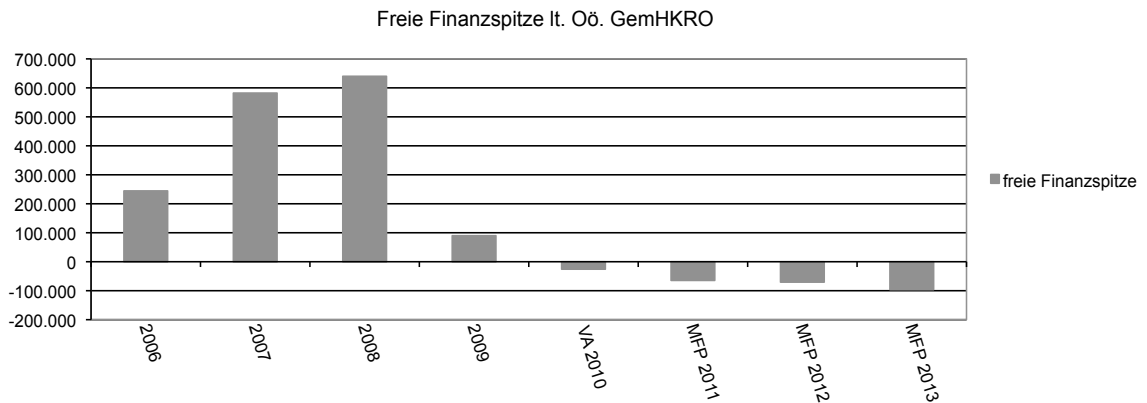
- Die **Eigenen Steuern** (KZ 10) sanken von 2007 auf 2008 um 70.750 Euro auf 1,01 Mio. Euro und stiegen 2009 um 147.100 Euro auf 1,16 Mio. Euro. Der Rückgang war durch Interessentenbeiträge und Aufschließungsbeiträge bedingt, der Anstieg 2009 kam durch Mehreinnahmen bei der Kommunalsteuer und Grundsteuer sowie bei den Interessentenbeiträge zustande.
- Die **Ertragsanteile** (KZ 11) stiegen 2007/2008 um 247.000 Euro auf 3,06 Mio. Euro und fielen 2009 um 146.100 Euro auf 2,91 Mio. Euro. Sie stellen mit einem Anteil von 42,1 % an den laufenden Einnahmen die wichtigste Einnahmequelle dar.
- Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich die **Finanzkraft** 2007/2008 um 246.700 Euro auf 4,01 Mio. Euro erhöhte, während sie 2009 auf 3,90 Mio. Euro absank. Sie setzte sich zu 1/3 aus Eigenen Steuern und zu 2/3 aus Ertragsanteilen zusammen. Mit einer Kopfquote von 905 Euro lag die Marktgemeinde im Jahr 2009 an 3. Stelle im Bezirks- bzw. an 185. Stelle im Landesvergleich.
- Die **Einnahmen aus Leistungen** (KZ 13) stiegen 2007/2008 um 14.000 Euro und 2009 um 40.600 Euro auf 248.500 Euro an. Die Mehreinnahmen sind durch höhere Kostenersätze im Schulbereich zu verzeichnen.
- Die **Einnahmen aus Veräußerungen und sonstige Einnahmen** (KZ 18) stiegen 2007/2008 um 113.200 Euro auf 691.000 Euro an und sanken 2009 um 164.600 Euro. Diese Schwankungen entstanden größtenteils durch Verrechnungsdarstellungen.

Ausgabenseitig war Folgendes festzustellen:

- Die **Personalausgaben (ohne Pensionen)** KZ 20 sind unter Pkt. 3 des Gutachtens dargestellt.
- Der **Verwaltungs- und Betriebsaufwand** (KZ 24) stieg 2008 um 70.700 Euro und 2009 um 56.300 Euro auf 1,62 Mio. Euro. Die Erhöhungen waren auf Beratungskosten für Bauhof und Verwaltung, diverse Instandhaltungskosten, Vergütungen sowie diverse Projekte (Kulturbaden und Corporate Design für die Gemeindeverwaltung) zurückzuführen.
- Die **Laufenden Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts** (KZ 26) stiegen in den letzten beiden Jahren um 6,5 % bzw. 8 % auf 2,27 Mio. Euro an. und waren auf die SHV-Umlage (+186.800 Euro) und den Krankenanstaltenbeitrag (+ 111.800 Euro) zurückzuführen.
- Die **Sonstigen laufenden Transferzahlungen** (KZ 27) stiegen von 2007 bis 2009 um 63.300 Euro auf 399.600 Euro an. Hauptursache dafür war der Mitteleinsatz für den Betrieb des Kindergartens sowie die Kindergartenfreifahrt.

Freie Finanzspitze

- 19.1. Die aus dem öffentlichen Sparen ableitbare freie Finanz- bzw. Budgetspitze ist eine Kenngröße für die finanzielle Leistungsfähigkeit des Haushaltes. Sie stieg von 2006 bis 2008 kontinuierlich von 244.500 Euro auf 640.000 Euro an. 2009 sank sie um 550.100 Euro auf 89.900 Euro. Laut MFP werden bis 2013 nur negative Werte zwischen -25.800 Euro bis -96.500 Euro erwartet.



- 19.2. Der LRH beurteilte die Entwicklung bis 2008 sehr positiv und bemerkte, dass die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auch in Ottensheim spürbar wurden. Er stellte fest, dass nach den bisherigen Annahmen im MFP ab 2010 kein finanzieller Spielraum für Investitionen besteht. Der LRH hält eine Konsolidierung des Haushaltes für notwendig. Sollte der Marktgemeinde eine Konsolidierung nicht gelingen, sind künftig Investitionen nur durch Vermögensveräußerungen oder Landesmitteln zu finanzieren.

Vermögensgebarung (ohne Finanztransaktionen)

- 20.1. Die Einnahmen der Vermögensgebarung stiegen 2008 um 123.800 Euro und 2009 um 829.500 Euro auf 1,43 Mio. Euro an. Dafür waren hauptsächlich Kapitaltransferzahlungen vom Land OÖ für das Zentralamt, die Polytechnische Schule und Gemeindestraßen verantwortlich.

Die Ausgaben der Vermögensgebarung erhöhten sich 2008 um 262.400 Euro und 2009 um 1,41 Mio. Euro auf 2,30 Mio. Euro. Der Anstieg 2009 resultiert einerseits aus dem Erwerb von unbeweglichem Vermögen für die Hauptschule, Gemeindestraßen, Wasserversorgung, Öffentliche Beleuchtung sowie aus Zahlungen an die KG für das Amtsgebäude und die Polytechnische Schule. Die jährliche Investitionsquote³ sank von 2006 bis 2008 von 11,4 % auf 7,7 % und stieg 2009 wieder auf 12,8 % an.

³ Berechnung: (KZ 40-42 plus KZ 44) / KZ 84 minus (KZ 28 + KZ 66).

- 20.2. Der LRH stellte fest, dass sich diese niedrigen Investitionsquoten dadurch ergaben, weil Finanzierungen für Amtsgebäude, Feuerwehr und Marktplatzgestaltung ausgelagert worden sind.

Finanztransaktionen

- 21.1. Die Einnahmen aus Finanztransaktionen erhöhten sich 2007 bis 2009 von 5.700 Euro auf 483.800 Euro. Der größte Teil der Einnahmen 2009 stammt aus Rücklagenzuführungen (482.900 Euro) für das Zentralamt, Gemeindestraßen und Wasserversorgung.

Die Ausgaben verminderten sich 2007 bis 2009 von 654.300 Euro auf 314.500 Euro. Dieser Rückgang war in erster Linie durch geringere Zuführungen zur RL bedingt.

- 21.2. Der LRH stellte fest, dass die Marktgemeinde aufgrund ihrer finanziellen Lage bis 2008 Rücklagen aufbauen konnte. Ab 2009 verringerten sich diese Rücklagen, da sie verstärkt zur Finanzierung von ao. Investitionen verwendet wurden.

Mittelfristige Finanzplanung 2009 - 2013

- 22.1. Die von der Gemeinde bis 2013 erstellte MFP enthielt die Budgetspitze, das Maastricht-Ergebnis aufgrund der mittelfristigen Einnahmen und Ausgaben sowie den mittelfristigen Investitionsplan mit der jeweiligen Finanzierung.

- 22.2. Bei der Durchsicht der MFP stellte der LRH fest, dass nicht alle Vorhaben aktuell erfasst waren. Da es sich bei der MFP um ein Planungsinstrument mit dem Ziel handelt, die Aufrechterhaltung des Haushaltsgleichgewichtes zu gewährleisten, empfahl er, Änderungen während des Jahres zu dokumentieren, damit rechtzeitig auf mögliche Veränderungen reagiert werden kann. Um den Investitionsplan noch kundenorientierter und transparenter zu gestalten, regte der LRH an, die einzelnen Vorhaben umfassend zu beschreiben und dabei auch durchgängig auf die jährlichen Folgekosten einzugehen. Außerdem sind bei der Investitionsplanung von der Politik Prioritäten zu setzen.

Maastricht-Ergebnis

- 23.1. Das Maastricht-Ergebnis war 2006 mit 184.100 Euro negativ. In den folgenden Jahren konnten positive Ergebnisse von 394.400 Euro und 564.800 Euro erreicht werden. 2009 gab es wieder ein negatives Ergebnis von 607.200 Euro. Auch mittelfristig ist von negativen Werten auszugehen.

- 23.2. Der LRH stellte fest, dass die Gemeinde 2007 und 2008 ihren Beitrag zum gesamtstaatlichen Maastricht-Ergebnis leistete. Dies war 2009 nicht mehr möglich. Laut MFP wird Ottensheim künftig nicht mehr in der Lage sein, die vereinbarten Beträge für den Stabilitätspakt in voller Höhe zu erbringen.

Rücklagen

- 24.1. Der Stand der Rücklagen erhöhte sich in den Jahren 2006 bis 2008 um 779.900 Euro auf 1,39 Mio. Euro. Im Jahr 2009 sanken die Rücklagen infolge der Mittelverwendung für den Amtsgebäudeneubau um 402.100 Euro auf 988.300 Euro. Davon waren 603.300 Euro (38,8 %) für Straßen-, Wasser- und Kanalbau sowie 303.800 Euro für Investitionen beim Hausbesitz und Polytechnische Schule gewidmet. Die restlichen Rücklagen betrafen den Anrechnungsbeitrag für die Bürgermeisterpension. Von den gesamten RL (988.300 Euro) wurden 393.200 Euro auf Sparbüchern gehalten. Weitere 400.000 Euro verstärkten als innere Darlehen die Liquidität im Kassenbestand. Die restlichen RL von 195.100 Euro wurden nur buchmäßig im Soll gebildet und als buchmäßige bzw. erfolgswirksame Zwischenfinanzierung von ao. Vorhaben dargestellt.
- 24.2. Der LRH stellte fest, dass im Jahr 2009 für das neue Amtsgebäude Rücklagen von 312.900 Euro im Haushalt entnommen wurden, ohne diese zur Finanzierung der Baukosten an die VFI & CoKG weiterzuleiten. Dadurch stellte sich das Ergebnis im ao. H. der Gemeinde günstiger dar. Der LRH hob positiv hervor, dass die Marktgemeinde vorerst nicht benötigte Anschlussgebühren und Anschließungsbeiträge einer zweckgebundenen Rücklage zuführte. Allerdings dienten bisher die Betriebsüberschüsse für WVA und ABA zur Gänze der Verstärkung des o. H.

Verschuldung

Darlehen und sonstige Finanzverbindlichkeiten

- 25.1. Der Stand an Darlehen (Verschuldung im engeren Sinn) verringerte sich von 2007 bis 2009 um 439.900 Euro auf 4,53 Mio. Euro. Dieser Schuldenstand resultierte zu 96,6 % (4,37 Mio. Euro) aus Förderungs- und Investitionsdarlehen für den Bau der ABA und WVA, die zur Gänze aus dem Gebührenaufkommen zurückbezahlt werden. Nur 3,4 % (153.600 Euro) belasten direkt den Gemeindehaushalt und werden aus allgemeinen Deckungsmitteln abgestattet.

Für die Verschuldung im weiteren Sinn sind auch „kredit- oder darlehensähnliche“ Verbindlichkeiten wie Leasingverpflichtungen und Annuitätenbeiträge aus Haftungen maßgeblich. Die von der Marktgemeinde eingegangenen Haftungen für den Abwasserverband Unteres Rodltal beliefen sich auf insgesamt 763.200 Euro. Der offene Barwert aus den Sonderfinanzierungen (Leasing und sonstige Finanzierung) für die Errichtung der Feuerwehrgaststätte Ottensheim und des Marktplatzes betrug 859.300 Euro; die jährlichen Mietzahlungen schlugen mit 141.800 Euro (2009) zu Buche. Durch die Inanspruchnahme der Rücklagen als innere Darlehen mussten keine Kassenkredite in Anspruch genommen werden.

Zur Finanzierung der über die VFI & CoKG abgewickelten Vorhaben (Errichtung des Amtsgebäudes und Erweiterung der Polytechnischen Schule) wurden Anfang 2010 Zwischenfinanzierungsdarlehen von zusammen 1,9 Mio. Euro aufgenommen.

- 25.2. Der LRH stellte fest, dass die Sonder- und Fremdfinanzierungen laufender und geplanter Investitionen in den nächsten Jahren den Haushalt stark belasten werden. In Hinkunft sollten Darlehensaufnahmen nur in Höhe des tatsächlichen Bedarfes, gegebenenfalls in mehreren Tranchen, erfolgen.

Öffentliche und betriebsähnliche Einrichtungen

Donauhalle

- 26.1. Das im Eigentum der Marktgemeinde stehende Sportzentrum (Donauhalle) umfasst drei Tennisplätze, zwei Squash-Boxen, eine Sauna inklusive Dampfbad sowie einen Gastronomiebereich, welcher vermietet ist.

Die Einrichtung erwirtschaftete 2006 und 2007 jeweils einen Abgang von 109.700 bzw. 117.200 Euro. Ab 2008 verminderte sich das jährliche Defizit durch das Auslaufen der Leasingfinanzierung auf 73.100 Euro und 2009 auf 40.900 Euro. Für 2010 wurde ein Fehlbetrag von 51.300 Euro präliminiert.

Die Betreuung der Anlage (Hausmeisterarbeiten, Kartenverkauf und Inkasso) obliegt auf Grund eines Werkvertrages aus dem Jahr 1991 einer Privatperson. Ein Teil des Kartenverkaufes erfolgt auch vom Restaurantpächter gegen Entrichtung einer 10 %-igen Verkaufsprovision. Die Rahmentarife für die Vermietung der Donauhalle wurde zuletzt 2002 geändert.

- 26.2. Der LRH empfahl, den Werkvertrag für die Betreuung der Anlage im Hinblick auf mögliche Kosteneinsparungen zu prüfen. Auch sollte überlegt werden, ob für die künftige Betriebsführung wirtschaftlichere Lösungen (z. B. durch eine Betreiber-gesellschaft) möglich sind. Vor kostenintensiven Sanierungsmaßnahmen ist auch die Einstellung des defizitären Betriebes samt Auswirkungen zu prüfen. Die Rahmentarife für die Vermietung der Donauhalle sollten überarbeitet werden.

Schülerspeisung

- 27.1. Die in der Hauptschule untergebrachte Schülerspeisung versorgt hauptsächlich Haupt- und Volksschüler, Schüler der Polytechnischen Schule sowie Hort- und Kindergartenkinder. Die Einrichtung erwirtschaftete in den Jahren 2007 bis 2009 einen Fehlbetrag zwischen 26.500 Euro und 33.200 Euro. 2009 leistete die Marktgemeinde bei 38.690 Portionen einen Zuschuss von 0,86 Euro. In der Schülerspeisung sind zwei Personen (1,73 PE) mit einer Einstufung in GD 19 beschäftigt.
- 27.2. Der LRH empfahl, künftighin kostendeckende Beiträge einzuheben. Um im Personalbereich Kosten einzusparen, wäre zu prüfen, ob in Zukunft mit einer Köchin und einer Hilfskraft das Auslangen gefunden werden kann.

Bauhof

- 28.1. Der Bauhof steht mittelfristig für eine Sanierung heran. Aus diesem Grund wurde von der Marktgemeinde eine Kooperation mit der benachbarten Gemeinde Puchenau angedacht. In diesem Zusammenhang fasste der GR bereits Ende 2009 den Grundsatzbeschluss, eine Kooperation mit dieser Gemeinde einzugehen. Zur Überprüfung der Machbarkeit wurde 2010 ein gemeinsamer Strategieprozess gestartet.
- 28.2. Der LRH begrüßte die geplante Bauhofkooperation. Er wies darauf hin, dass dabei auch das starke Verkehrsaufkommen auf der Bundesstraße mit zu berücksichtigen ist. Weiters empfahl der LRH zu prüfen, inwieweit Bauhofkooperationen auch mit anderen Nachbargemeinden möglich wären.
- 29.1. Im Bauhof sind derzeit 7 Bedienstete (6,5 PE) beschäftigt. Der Bauhof wurde Ende 2008 von einem Beratungsunternehmen analysiert und Lösungsvorschläge hinsichtlich der künftigen Ausrichtung erarbeitet.

Der Bauhof ist bereits mit einer Bauhofsoftware ausgestattet. Dabei werden jedoch die Arbeitsstunden von den Bediensteten im Bauhof noch händisch erfasst und von den MA in der Verwaltung ins EDV-Programm eingegeben. Dadurch war eine aktuelle Datenabfrage durch den Bauhofleiter nicht gewährleistet.
- 29.2. Der LRH hielt fest, dass sich der Personalstand im Bauhof seit Jahren nicht veränderte. Er stellte fest, dass die in der Analyse erarbeiteten strategischen Überlegungen und möglichen Optimierungsmaßnahmen noch kaum umgesetzt wurden. Diese Analyse sollte als Grundlage zur Modernisierung der Leistungserbringung dienen und etwaige freie Personalressourcen sichtbar machen. Auch der Bewertungs- und Abrechnungsmodus der Bauhof- und Fuhrparkleistungen soll optimiert werden. Die von den Arbeitern zu verrichtenden Tätigkeiten wären grundsätzlich auf die Kernbereiche zu beschränken. Da in absehbarer Zeit ein Bediensteter seinen Ruhestand antreten wird, sollte die Notwendigkeit einer unbedingten Nachbesetzung geprüft werden. Der LRH empfahl, dass die Arbeitsaufzeichnungen direkt von den Bauhofarbeitern im Bauhofprogramm erfasst werden.
- 30.1. Für den Unternehmensbereich im Bauhof wurde bisher kein anteiliger Vorsteuerabzug geltend gemacht.
- 30.2. Der LRH empfahl, die Möglichkeiten zur Erlangung eines Vorsteuerabzuges für die unternehmerische Nutzung (z. B. für Wasser und Kanal) voll auszuschöpfen.

Sonstige Feststellungen

Förderungen und andere freiwillige Leistungen

31.1. Die freiwilligen Ausgaben ohne Sachzwang beliefen sich im Jahr 2009 auf 87.400 Euro, das entsprach einer Förderung von 18,13 Euro je Einwohner⁴. Sie betrafen neben den Förderungen an Kultur- und Sportvereinen auch solche für die Landwirtschaft sowie den Sozial- und Tourismusbereich. Neben den monetären Förderungen unterstützte die Gemeinde die örtlichen Vereine mit Gratisnutzung von Veranstaltungsräumlichkeiten und Turnsälen sowie kostenlosen Bauhofleistungen.

31.2. Der LRH stellte fest, dass die freiwilligen Ausgaben ohne Sachzwang über der vom Land vorgegebenen Höhe lag. Er empfahl, die Notwendigkeit und Wirksamkeit einzelner freiwilligen Ausgaben zu hinterfragen.

Um das Förderbudget besser planen, steuern und kontrollieren zu können, empfahl der LRH, grundsätzlich für alle Förderungsmaßnahmen Ziele zu definieren. Sie sollten in Hinkunft evaluiert und kritisch auf ihren Bedarf und ihre Wirkung hin geprüft werden. Weiters sollen entsprechende Richtlinien für die verschiedenen Förderungsmaßnahmen erarbeitet werden.

Der LRH regte an, die kostenlose Benützung der Räumlichkeiten durch die Vereine zu überdenken. Zur Erfassung sämtlicher Subventionen und zur Transparenz der Kosten empfahl er, die buchmäßige Darstellung der Benützung durch Vereine.

Anmietung von drei Tiefgaragenplätzen

32.1. In der Tiefgarage am Marktplatz hat die Gemeinde von der Errichtergesellschaft Wohnbauservice Immobiliengesellschaft mbH. (Wosig) drei Parkplätze zu 90 Euro pro Monat angemietet.

32.2. Der LRH stellte fest, dass beim neu errichteten Amtsgebäude nunmehr ausreichend Parkplätze geschaffen wurden, sodass kein Bedarf für die Tiefgaragenplätze mehr besteht. Er empfahl daher, diese umgehend aufzulassen und dadurch 3.200 Euro pro Jahr einzusparen.

32.3. *Hiezu teilte die Marktgemeinde mit, dass der Gemeindevorstand beschlossen hat, die Parkplätze vorübergehend unter zu vermieten. In Anbetracht der zukünftigen Nutzung des alten Amtshauses muss Vorsorge für ausreichend Stellplätze getroffen werden.*

4 Lt. GR-Wahl 2009

Liegenschaftsbesitz

- 33.1. Die Marktgemeinde besitzt in sechs Objekten 12 Wohnungen, 46 ha Wald und Grundstücke im Ausmaß von ca. 7 ha. Einige sanierungsbedürftige Gebäude im Zentrum des Marktes (Alte Schule, Altes FF Depot, altes Gemeindeamt und ein leerstehendes Wohnobjekt) ergänzen noch das Liegenschaftsvermögen der Gemeinde.
- 33.2. Der LRH empfahl, zumindest einen Teil der sanierungsbedürftigen Objekte zu veräußern. Da die Gemeinde bereits für 2010 Erlöse aus Liegenschaftsveräußerungen von ca. 600.000 Euro erwartet, weist der LRH darauf hin, dass diese außerordentlichen Einnahmen nur zur Finanzierung unbedingt notwendiger Investitionen herangezogen werden sollen.

Einnahmen für private Nutzung öffentlicher Flächen

- 34.1. Für die Nutzung öffentlicher Grundstücke für private Zwecke wurden bis 2001 Beiträge vorgeschrieben und wegen zu niedrigen Einnahmen ruhig gestellt. Da allerdings mittlerweile Einnahmen von jährlich zwischen 7.000 und 8.000 Euro erwartet werden können, ist eine Wiedereinführung dieser Nutzungsentgelte ab 2011 angedacht.
- 34.2. Der LRH begrüßte die Wiedereinführung von Tarifen für die private Nutzung öffentlicher Grundstücke, da dadurch von der Marktgemeinde zusätzlich Einnahmen erzielt werden können.
- 34.3. *Hiezu teilte die Marktgemeinde mit, dass eine Tariffestsetzung beginnend mit 1.1.2011 noch im Dezember durch den Gemeinderat erfolgen wird.*

Außerordentlicher Haushalt

Überblick

- 35.1. Im Zeitraum 2006 bis 2009 fielen im ao. H. Ausgaben von 4,48 Mio. Euro an. Die Einnahmen von 4,59 Mio. Euro wurden zu 44 % aus Eigenmitteln (einschl. Rücklagen), 56 % Zuschussmitteln aufgebracht. Fremdmittel waren nicht erforderlich. Seit 2007 tätigte die Marktgemeinde über die gemeindeeigene Infrastrukturgeellschaft (VFI der Marktgemeinde Ottensheim & CoKG) weitere 828.800 Euro, wovon allein 725.000 Euro das Jahr 2009 betrafen.

Der ao. H. zeigt seit Jahren Überschüsse. 2009 war ein Überschuss von 19.900 Euro ausgewiesen, wobei allerdings das Sollergebnis 2008 von drei Vorhaben (zusammen +112.100 Euro) nicht enthalten ist.

Laut mittelfristiger Finanzplanung sind bis 2013 Investitionen von 5,13 Mio. Euro enthalten, wovon allein für das Amtsgebäude 1,4 Mio. Euro, Straßenbau 1,6 Mio. Euro und für die Schulsanierungen 1 Mio. Euro vorgesehen sind.

- 35.2. Der LRH stellte fest, dass die Marktgemeinde in den letzten Jahren um eine vorsichtige Finanz- und Investitionsplanung bemüht war. Da jedoch in Hinkunft erhebliche Investitionen geplant sind, riet der LRH, vor Inangriffnahme neuer Vorhaben, vorerst das Amtsgebäude und die Schulsanierungen auszufinanzieren.

Neubau des Amtsgebäudes

Allgemeines

- 36.1. Für das neue Amtsgebäude wurde ein altes denkmalgeschütztes Objekt in der Linzerstraße zu- und umgebaut. Zur Ausführung des Projektes fand 2006 ein Architektenwettbewerb statt. Das Siegerprojekt eines Wiener Architektenteams (Um- und Zubau des denkmalgeschützten Gebäude in der Linzer Straße mit Glaspavillon am Marktplatz) gelangte in abgeänderter Form zur Ausführung. Anstelle des Glaspavillons für den Sitzungssaal wurde eine Innenhoflösung im Hauptgebäude gefunden. Ende 2007 folgte eine weitere Projektsänderung, indem im 1. Stock des Zubaues (oberhalb des Sitzungssaales) zusätzliche Räumlichkeiten (Sozialraum und Bauabteilung) mit geschätzten Kosten von 190.000 Euro geschaffen wurden. Das Projekt wurde im Rahmen eines KG-Modells durch die gemeindeeigene VFI & CoKG realisiert.
- 36.2. Der LRH sah in der Abänderung des Projektes eine sinnvolle und wirtschaftliche Entscheidung der Marktgemeinde. Mit dieser „Innenhoflösung“ konnte der Brunnen am Marktplatz (damalige Herstellungskosten rd. 218.000 Euro) aufrecht erhalten und die laufenden Betriebskosten für das gesamte Projekt niedriger gehalten werden.

Kosten und Finanzierung

- 37.1. Für die Ausführung des Projektes war ursprünglich ein Kostenrahmen von 2,37 Mio. Euro vorgesehen. Nach den diversen Planabänderungen (Fundierungserschwernisse, denkmalpflegerische Aspekte und Ersatz für PKW-Garagen) erging im Dezember 2007 eine Kostenschätzung von 2,61 Mio. Euro. Auf Basis dieser Ausgaben wurde von der Aufsichtsbehörde eine Finanzierungsdarstellung erstellt.

Nach der Kostenverfolgung vom Mai 2010 liegen bisher 1,21 Mio. Euro an bezahlten Rechnungen vor. Die voraussichtlichen Gesamtausgaben werden ca. 2,78 Mio. Euro betragen. Die erwarteten Mehrkosten von 167.000 Euro (6,3 %) werden mit zusätzlichen Sanierungs-, Restaurierungs- und Trockenausbauarbeiten, Errichtung eines Trafogebäudes sowie mit zusätzlichen Arbeiten an den Bestandswänden begründet.

- 37.2. Für den LRH ist die voraussichtliche Kostenentwicklung nachvollziehbar. Der Gebäudekomplex wird mit 2,78 Mio. Euro abgerechnet, wovon 2,62 Mio. Euro von der KG und ca. 190.000 Euro von der Gemeinde direkt finanziert werden. Durch die KG-Finanzierung kann die Gemeinde aus derzeitiger Sicht aus dem Vorsteuerabzug einen wirtschaftlichen Vorteil von ca. 483.000 Euro erwarten. Allerdings ist mit der Abwicklung über das KG-Modell ein zusätzlicher Verwaltungsaufwand verbunden.

- 38.1. Zum Zeitpunkt der Einschau fielen für das Vorhaben in der KG Gesamtausgaben von 2,09 Mio. Euro an. Die Einnahmen beliefen sich auf 930.300 Euro, sodass ein Fehlbetrag von 1,16 Mio. Euro bestand. Dabei wurden allerdings die im Gemeindehaushalt 2009 entnommenen Rücklagen von 313.000 Euro und die 2010 gewährten BZ von 300.000 Euro der VFI & Co KG noch nicht weitergeleitet. Anfang 2010 wurde bereits ein Zwischenfinanzierungsdarlehen von 1,4 Mio. Euro aufgenommen, obwohl zu diesem Zeitpunkt noch ein Überschuss (VFI +108.000 Euro und Gemeinde +291.500 Euro) bestand.
- 38.2. Der LRH bemängelte, dass 2010 ein hohes Zwischenfinanzierungsdarlehen aufgenommen wurde, obwohl im Gemeindehaushalt Einnahmen für die KG aus Bedarfszuweisungen und Rücklagenentnahmen zur Verfügung standen.

Sanierung der Hauptschule

Allgemeines

- 39.1. Die ursprünglich 2012 geplante Sanierung des Hauptschulgebäudes einschließlich Neuerrichtung einer Bibliothek wurde im Rahmen des Konjunkturprogrammes des Landes OÖ auf das Jahr 2010 vorgezogen. Für den Zeitraum der Sanierung wurden im alten Gemeindeamtsgebäude Räumlichkeiten für einen provisorischen Schulbetrieb adaptiert.
- 39.2. Der LRH begrüßte die von der Marktgemeinde gehandhabte wirtschaftliche Lösung für die Fortführung des Schulbetriebes, zumal dadurch erhebliche Kosten für die Bereitstellung von Schulcontainern vermieden werden konnten.

Kosten und Finanzierung

- 40.1. Laut Kostenschätzungen vom Mai 2010 belaufen sich die zu erwartenden Gesamtherstellungskosten für die Generalsanierung der HS auf 2,68 Mio. Euro und für die Schülerbibliothek auf 365.000 Euro. Auf Basis dieser Schätzung erging von der Aufsichtsbehörde eine Finanzierungsdarstellung über 3,13 Mio. Euro⁵. Das Vorhaben soll zu 83 % aus Landesförderungen und zu 17 % aus Darlehen finanziert werden. Bis zum Zeitpunkt der Einschau fielen erst Ausgaben für die Planung (28.300 Euro) an.

Planung und Bauleitung

- 41.1. Die Planung für die Sanierung der HS wurde vom GR im Frühjahr 2010 an den örtlichen Architekten vergeben, an welchem bereits 2001 die Planung für die Errichtung einer Schüler- und Gemeindebibliothek vergeben wurde. Das vereinbarte Honorar von 96.400 Euro basiert auf Schätzkosten von 2,12 Mio. Euro.

Über das durchzuführende Vorhaben liegen zwei Kostenschätzungen für die Sanierung der HS und für die Errichtung der Schülerbibliothek vor. Danach werden für die Sanierung der HS bei Herstellungskosten von 2,68 Mio. Euro ein

5 In diesen Gesamtausgaben sind auch die der MG verbleibenden Kosten für die Sanierung des Garderobenbereiches nach einem Brand enthalten.

Honorar für die Planung und örtliche Bauaufsicht von zusammen 192.800 Euro (8,2 %) und für die Errichtung der Schülerbibliothek bei Herstellungskosten von 364.600 Euro ein solches von insgesamt 33.600 Euro (11,4 %) vorgesehen.

- 41.2. Der LRH stellte fest, dass eine Ausschreibung der Planungsleistungen erforderlich gewesen wäre. Die direkte Auftragsvergabe wurde von der Marktgemeinde damit begründet, dass bereits im Jahr 2001 für die Schulsanierung und Schülerbibliothek Teilleistungen erbracht wurden.

Erweiterung und Adaptierung der Polytechnischen Schule

Allgemeines

- 42.1. Neben der Volksschule wurden nach Abbruch des bestehenden Gebäudes ein Neubau für polytechnische Werkstätten und eine 2-gruppige Krabbelstube (Passivhaus) errichtet.

Kosten und Finanzierung

- 43.1. Der Finanzierungsdarstellung vom Juli 2008 wurden Gesamtausgaben von 1,27 Mio. Euro zugrunde gelegt. Die Ausgaben der KG beliefen sich bis zum Zeitpunkt der Einschau (24.6.2010) auf 607.600 Euro. An Einnahmen standen 361.700 Euro gegenüber, sodass ein FB von 245.900 Euro verblieb. Zur vorübergehenden Bedeckung dieses Fehlbetrages nahm die KG einen Zwischenkredit von 507.000 Euro auf. Die laut Finanzierungsplan für 2008 und 2009 vorgesehenen Anteilsbeiträge von zusammen 180.000 Euro wurden bisher nicht geleistet. Des Weiteren wurden im Gemeindehaushalt 2009 Landesbeiträge von 100.000 Euro vereinnahmt, wovon allerdings nur 47.000 Euro an die VFI & CoKG weitergeleitet wurden. Dadurch wies das Vorhaben im Gemeindehaushalt einen Überschuss von 53.000 Euro aus.

Nach vorläufiger Endabrechnung werden sich die Gesamtausgaben (ohne Skonti) auf 1,17 Mio. Euro belaufen.

- 43.2. Der LRH sah die Aufnahme des Zwischenfinanzierungsdarlehens nicht bedarfsgerecht. Durch die erhöhte Inanspruchnahme des Darlehens sind der Marktgemeinde zusätzliche Darlehenskosten entstanden.

Planung und Bauleitung

- 44.1. Die Ziviltechnikerleistungen wurden ohne Ausschreibung an den örtlichen Architekten vergeben, welcher bereits 2002 vom GR zur Erstellung eines Einreichprojektes für die Errichtung von Werkstätten und Räumlichkeiten zur Unterbringung von zwei Kleingruppen beauftragt wurde. Die für die Beauftragung von Sonderfachleuten im Architektenvertrag vorgesehene Kürzung des Architektenhonorars (2.600 Euro) wurde bisher nicht berücksichtigt.
- 44.2. Der LRH stellte fest, dass die Vergabe dieser Leistungen ohne Wettbewerb erfolgte.

Ausbau der Gemeindestraßen

Kosten und Finanzierung

- 45.1. Das letzte Straßenausbauprogramm betraf den Zeitraum 2006 bis 2009. Die diesbezügliche Finanzierungsdarstellung vom Oktober 2008 sah Gesamtausgaben von 1 Mio. Euro vor. Der Großteil dieser Ausgaben fiel für die Linzerstraße an, die 2009 ausgebaut wurde. Ein neues Ausbauprogramm wurde für 2010 bis 2013 nach Rücksprache mit dem zuständigen Referenten des Landes OÖ auf 133.000 Euro reduziert, sodass vorerst im Rahmen der VA-Erstellung 2010 für Instandhaltungsmaßnahmen 108.500 Euro vorgesehen wurden. Laut MFP sind ab 2011 bis 2013 Gesamtausgaben von 1,2 Mio. Euro vorgesehen.

Die Gesamtausgaben für den seit 2006 abgewickelten Straßenbau beliefen sich zum Zeitpunkt der Einschau auf insgesamt 1,02 Mio. Euro. An Einnahmen standen insgesamt 866.500 Euro gegenüber, sodass ein Fehlbetrag von 155.500 Euro verblieb. Dieser Fehlbetrag kann voraussichtlich mit den laut Finanzierungsplan für 2010 und 2011 noch zugesicherten Landesförderungen beinahe abgedeckt werden.

- 45.2. In Anbetracht der in der MFP prognostizierten negativen Budgetspitzen (zwischen 25.800 Euro und 96.500 Euro) wären nach Ansicht des LRH die Investitionen im Straßenbau auf die unbedingt notwendigen Instandsetzungsmaßen zu beschränken.

2 Anlagen

1 Beilage

Linz, am 15. Dezember 2010

Dr. Helmut Brückner
Direktor des Oö. Landesrechnungshofes

Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung Marktgemeinde Ottensheim

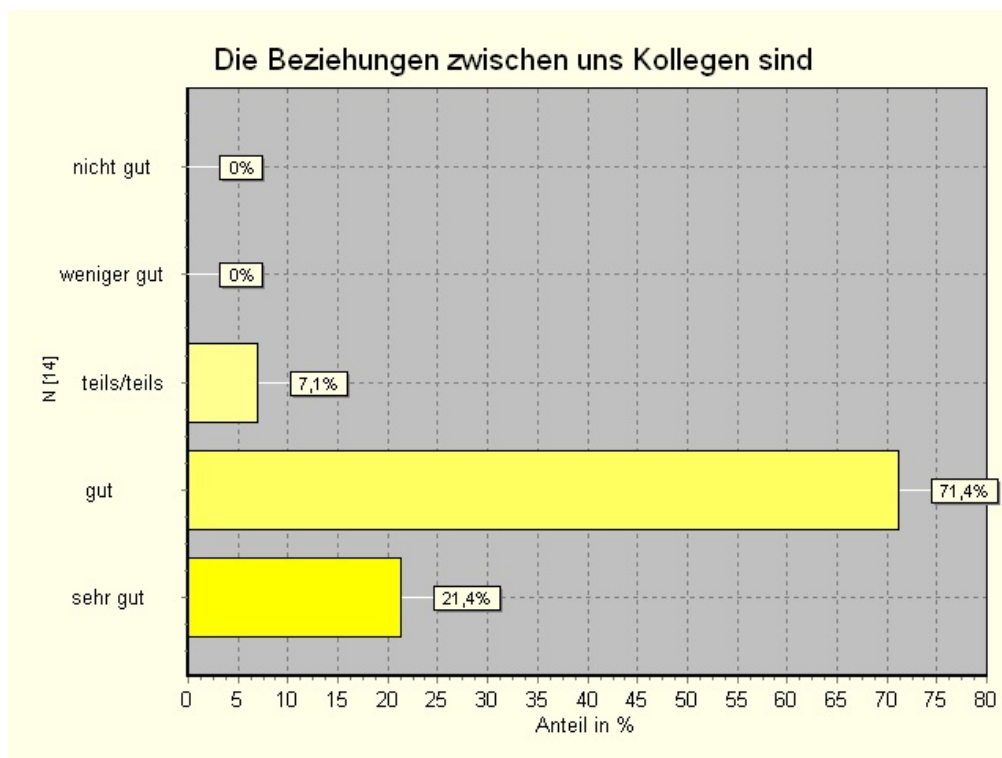
Im Zuge der Prüfung wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über das Betriebsklima in der Gemeindeverwaltung befragt. Insgesamt wurden 14 Fragebögen ausgegeben, wovon alle an den LRH retourniert wurden. Der Betriebsklimafragebogen umfasste insgesamt 86 Fragen, die sich auf sieben verschiedene inhaltliche Bereiche aufteilten:

- Kollegenbeziehungen
- Vorgesetztenverhalten
- Organisation
- Information
- Mitsprache
- Interessenvertretung
- betriebliche Leistungen

Die sieben inhaltlich unterschiedlichen Bereiche ergeben ein Bild über die Mitarbeiterzufriedenheit zum Zeitpunkt der Befragung.

In der Folge werden die ausgewerteten Ergebnisse der inhaltlich unterschiedlichen Bereiche grafisch dargestellt, die jeweils auf einen Gesamteindruck der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schließen lassen. Die wesentlichen Schlussfolgerungen daraus sind dem Gutachten zu entnehmen.

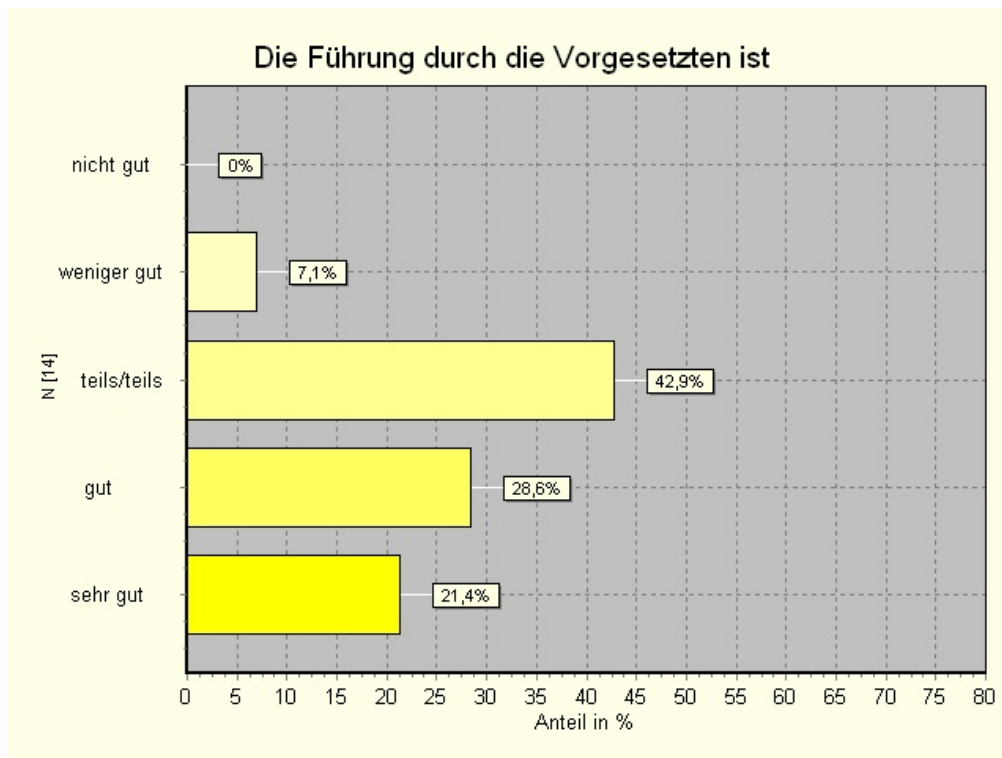
Kollegenbeziehungen¹



Die Beziehungen, die zwischen den Kollegen in einem Betrieb bestehen, sind ein ganz wesentlicher Bestandteil des Betriebsklimas. Sie zu gestalten, menschlich erfreulich zu machen, ist zu einem großen Teil Aufgabe der Mitarbeiter selbst. Der Erfolg hängt dabei vor allem von der Gesprächsfähigkeit und -bereitschaft sowie der menschlichen Reife der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ab.

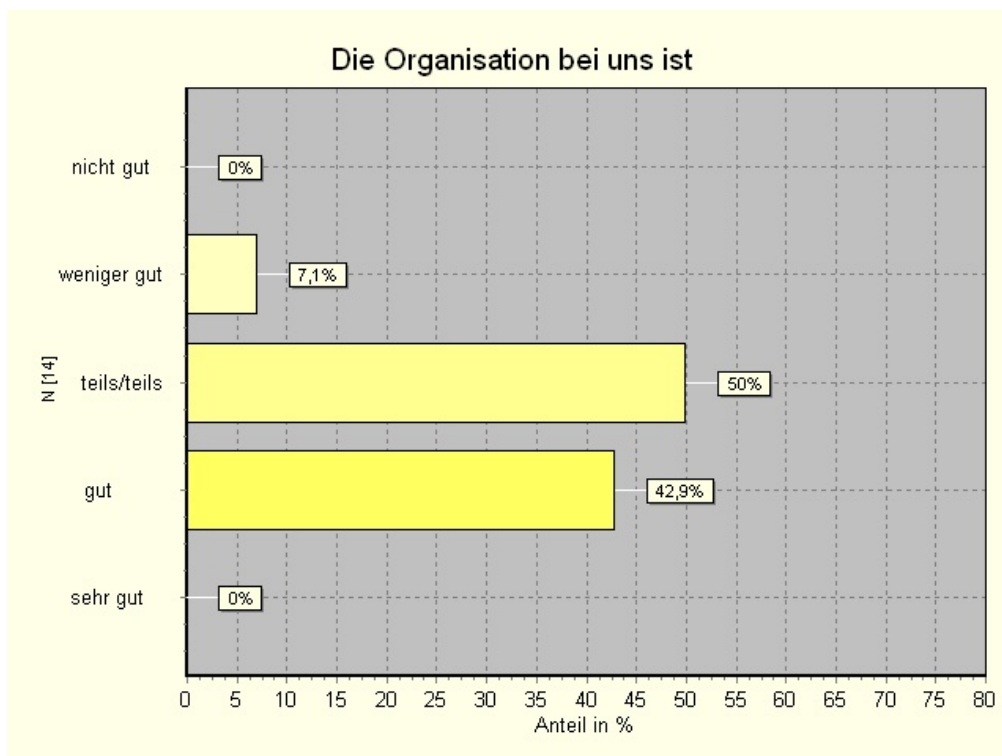
¹ Legende: N.....Anzahl der Antworten

Vorgesetztenverhalten



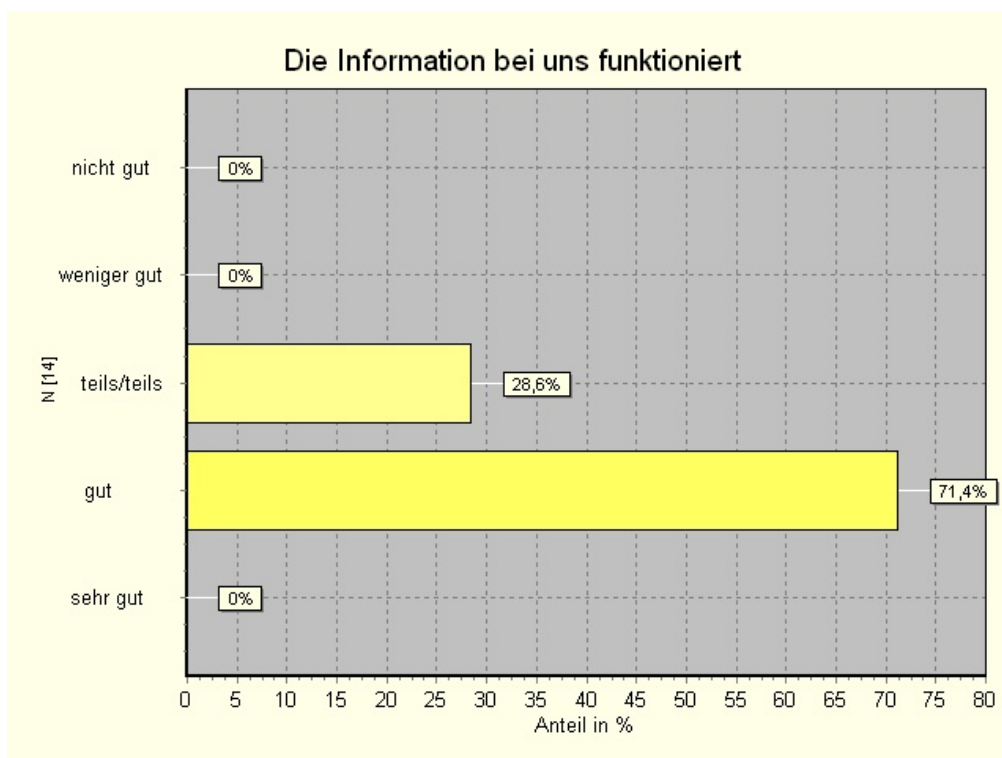
Das Betriebsklima wird maßgebend durch die Vorgesetzten gestaltet. Diese sind entscheidende Erfolgsfaktoren, wenn die erforderliche Kultur für eine moderne Verwaltung entwickelt werden soll.

Organisation

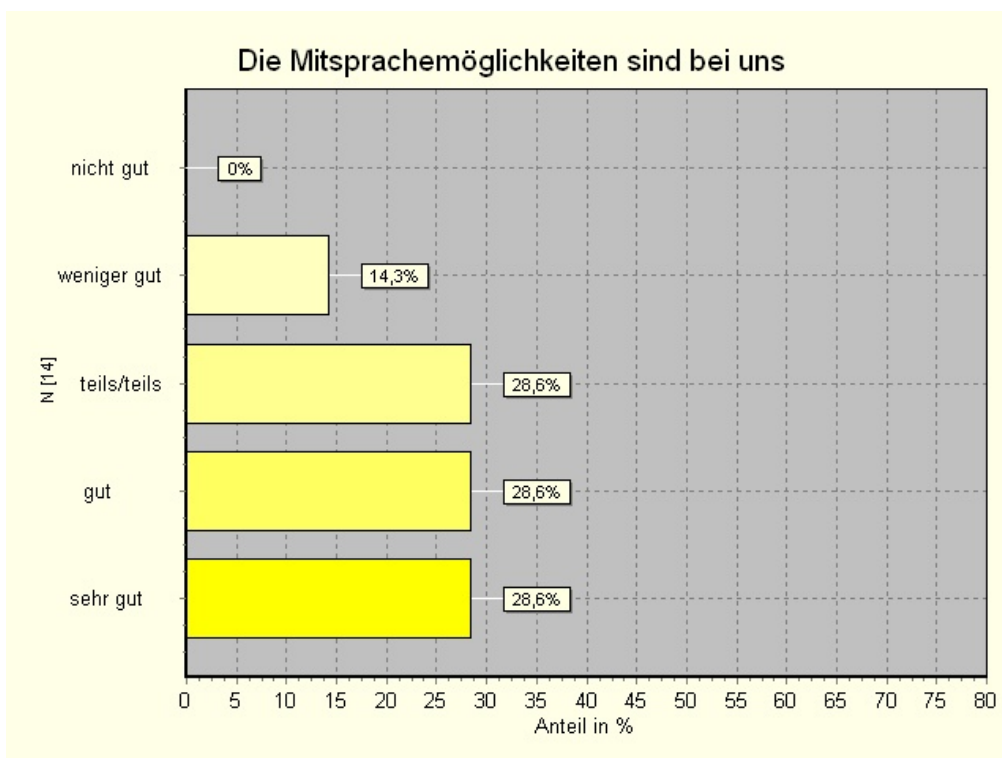


Eine effiziente Aufbau- und Ablauforganisation ist die Basis, auf der sich ein gesundes Betriebsklima erst entwickeln kann.

Information

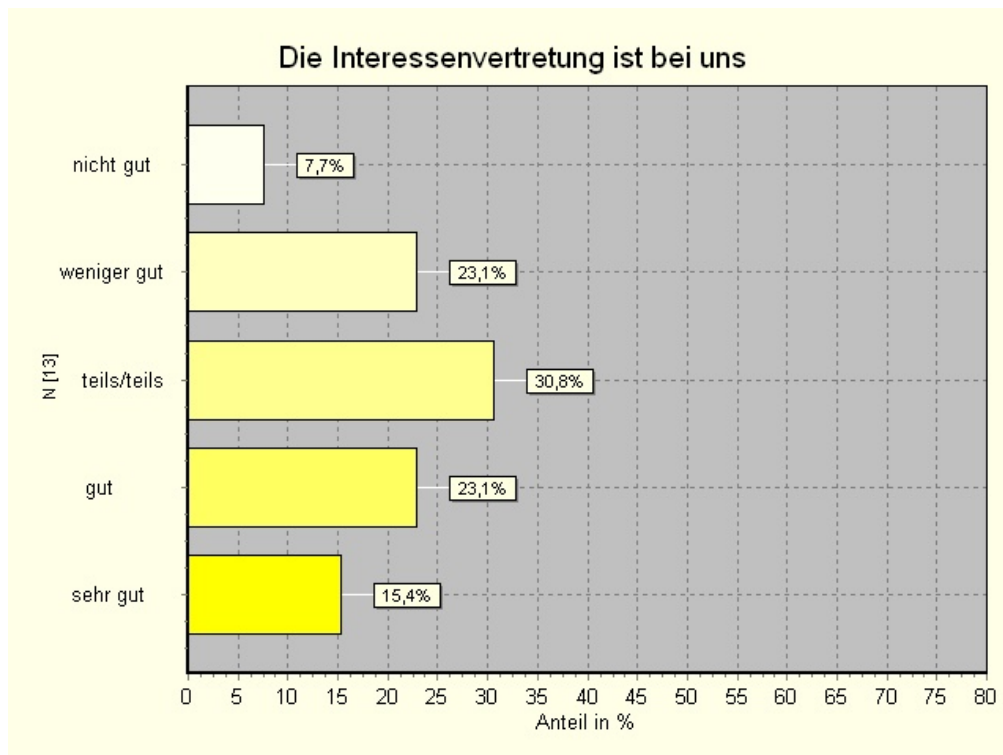


Mitsprache



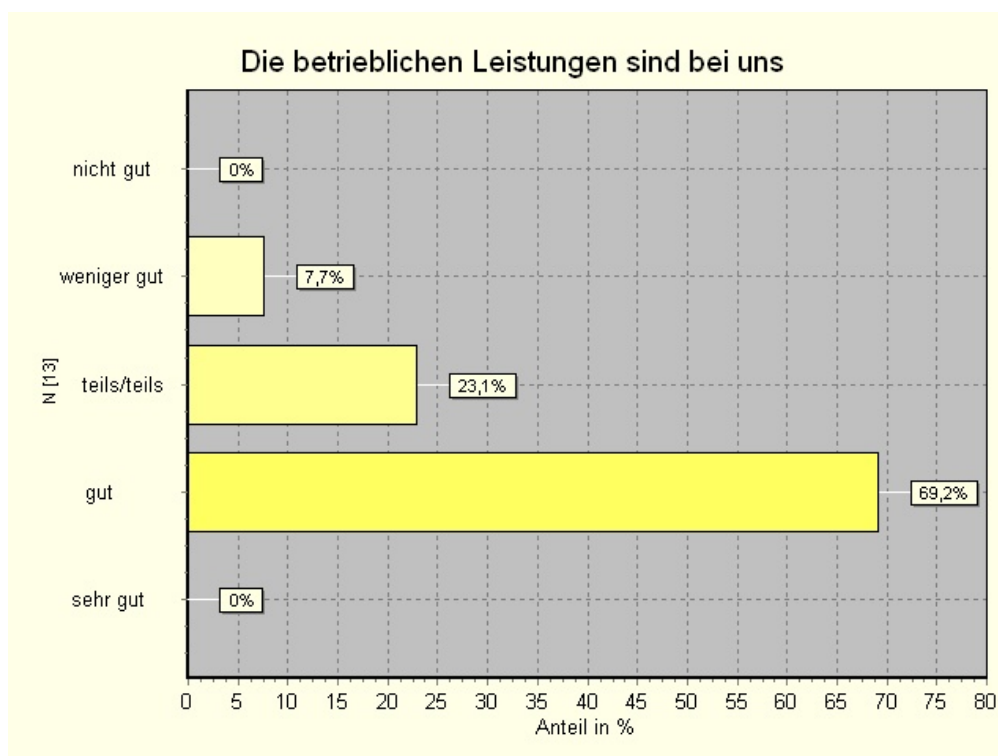
Öffentliche Verwaltungen sollten verstärkt ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter informieren und die Mitsprache in der Organisation ermöglichen. Eine transparente Informationspolitik sowie eine vertrauensvolle Kommunikation sind tragfähige Pfeiler einer gesunden Verwaltungskultur.

Interessenvertretung



Es ist unumstritten, dass die reibungslose Zusammenarbeit zwischen Bediensteten und Personalvertretung dem Betriebsklima nützlich ist. Sie garantiert, dass die Interessen der Organisation und des Personals abgestimmt und zu einem tragfähigen Kompromiss gebracht werden.

Betriebliche Leistungen



Die innerbetrieblichen Leistungen fördern die positive Arbeitsatmosphäre und Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Qualität der Leistungen der Bediensteten hängt auch davon ab, in wie weit ihre Leistungen honoriert werden.

Rechnungsquerschnitt 2007 bis 2009

Teil 1 Laufende Gebarung

KZ	Bezeichnung	2007	2008	2009	Veränderung	
		Summe o. und ao. H.			08/09	
		in 1000 Euro			in %	
Einnahmen der laufenden Gebarung						
10	Eigene Steuern	1.080,9	1.010,2	1.157,2	147,0	14,6%
11	Ertragsanteile	2.814,8	3.061,8	2.915,7	-146,1	-4,8%
12	Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen	1.258,5	1.280,1	1.267,4	-12,7	-1,0%
13	Einnahmen aus Leistungen	193,9	207,9	248,5	40,6	19,5%
14	Einnahmen aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit	238,9	235,3	218,6	-16,7	-7,1%
15	Laufende Transferzahlungen von Trägern d. öffentl. Rechts	171,1	149,0	138,4	-10,6	-7,1%
16	Sonstige laufende Transfereinnahmen	54,7	51,6	48,4	-3,2	-6,2%
17	Gewinnentnahmen der Gemeinde von Unternehmen und marktbestimmten Betrieben	378,5	464,4	401,5	-62,9	-13,5%
18	Einnahmen aus Veräußerung und sonstige Einnahmen	577,8	691,0	526,4	-164,6	-23,8%
19	Summe 1 (laufende Einnahmen)	6.769,2	7.151,4	6.922,2	-229,2	-3,2%
Ausgaben der laufenden Gebarung						
20	Leistungen für Personal	1.254,5	1.311,9	1.371,6	59,7	4,6%
21	Pensionen und sonstige Ruhebezüge	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
22	Bezüge der gewählten Organe	132,7	142,4	142,6	0,2	0,1%
23	Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren	117,4	142,6	146,1	3,5	2,5%
24	Verwaltungs- und Betriebsaufwand	1.490,8	1.561,5	1.617,8	56,3	3,6%
25	Zinsen für Finanzschulden	149,2	159,9	106,5	-53,4	-33,4%
26	Laufende Transferzahlungen an Träger d. öffentl. Rechts	1.962,2	2.089,2	2.269,9	180,7	8,6%
27	Sonstige laufende Transferzahlungen	336,3	373,8	399,6	25,8	6,9%
28	Gewinnentnahmen der Gemeinde von Unternehmen und marktbestimmten Betrieben	378,5	464,4	401,5	-62,9	-13,5%
29	Summe 2 (laufende Ausgaben)	5.821,6	6.245,9	6.455,5	209,6	3,4%
91	Saldo 1: Ergebnis der laufenden Gebarung	947,6	905,5	466,7	-438,8	-48,5%

Teil 2 Vermögensgebarung

KZ	Bezeichnung	2007	2008	2009	Veränderung	
		Summe o. + ao. H.			08/09	
		in 1000 Euro			in %	
Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen						
30,31,32	Veräußerung von Vermögen	98,5	162,9	0,0	-162,9	-100,0%
33	Kapitaltransferzahlungen von Trägern d. öffentl. Rechts	373,9	433,3	1.425,2	991,9	228,9%
34	Sonstige Kapitaltransfereinnahmen	0,0	0,0	0,6	0,6	k.A.
39	Summe 3: Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	472,4	596,3	1.425,8	829,5	139,1%
Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen						
40	Erwerb von unbeweglichem Vermögen	334,9	345,2	1.041,7	696,5	201,8%
41	Erwerb von beweglichem Vermögen	103,8	193,5	55,2	-138,3	-71,5%
42	Erwerb von aktivierungsfähigen Rechten	17,0	17,6	15,3	-2,3	-13,1%
43	Kapitaltransferzahlungen an Träger d. öffentl. Rechts	8,1	8,1	8,1	0,0	0,0%
44	Sonstige Kapitaltransferzahlungen	160,4	322,3	1.176,1	853,8	264,9%
49	Summe 4: Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	624,3	886,7	2.296,5	1.409,8	159,0%
92	Saldo 2: Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	-151,9	-290,5	-870,7	-580,2	-199,7%
Saldo 1 + Saldo 2		795,8	615,1	-404,0	-1.019,0	-165,7%

Rechnungsquerschnitt 2007 bis 2009

KZ	Bezeichnung	2007	2008	2009	Veränderung	
		Summe o. + ao. H.			08/09	
		in 1000 Euro			in %	
	Einnahmen aus Finanztransaktionen					
50	Veräußerung v. Beteiligungen und Wertpapieren	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
51	Entnahmen aus Rücklagen	0,0	0,0	482,9	482,9	k.A.
52	Einnahmen aus Rückzahlungen von Darlehen	4,6	22,7	0,6	-22,1	-97,4%
53	Entnahmen aus Rückzahlung von Bezugsvorschüssen	1,1	1,1	0,3	-0,8	-72,7%
54	Aufnahmen Finanzschulden von Trägern d. öffentl. Rechts	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
55	Aufnahme Finanzschulden von anderen Trägern	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
56	Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
59	Summe 5: Einnahmen aus Finanztransaktionen	5,7	23,8	483,8	460,0	1932,8%
	Ausgaben aus Finanztransaktionen					
60	Erwerb v. Beteiligungen und Wertpapieren	1,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
61	Zuführung an Rücklagen	443,1	336,8	80,8	-256,0	-76,0%
62	Gewährung von Darlehen an Träger d. öffentl. Rechts	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
63	Gewährung von Darlehen an andere und Bezugsvorschüssen	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
64	Rückzahlung von Finanzschulden bei Trägern d. öffentl. Rechts	4,0	22,1	0,0	-22,1	-100,0%
65	Rückzahlung von Finanzschulden bei anderen Trägern	206,1	206,2	233,7	27,5	13,3%
66	Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
69	Summe 6: Ausgaben aus Finanztransaktionen	654,3	565,1	314,5	-250,6	-44,3%
93	Saldo 3: Ergebnis der Finanztransaktionen	-648,5	-541,3	169,3	710,6	131,3%
94	Saldo 4: Jahresergebnis ohne Verrechnungen zwischen o. und ao. H.	147,2	73,8	-234,7	-308,5	-418,0%

Übersicht Gesamthaushalt		2007	2008	2009
80	Einnahmen der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung <i>Summe 1, 3 und 5</i>	7.247,4	7.771,4	8.831,8
81	Zuführungen aus dem o. Haushalt und Rückführungen aus dem ao. Haushalt	189,2	282,1	225,9
82	Abwicklung Soll-Überschüsse Vorjahre	0,0	232,1	254,6
83	Abwicklung Soll-Abgang laufendes Jahr	0,0	0,0	0,0
79	Summe 7 (Gesamteinnahmen)	7.436,6	8.285,7	9.312,3
84	Ausgaben der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung <i>Summe 2, 4 und 6</i>	7.100,2	7.697,7	9.066,5
85	Zuführungen an den ao. Haushalt und Rückführungen an den o. Haushalt	189,2	282,1	225,9
86	Abwicklung Soll-Abgänge Vorjahre	79,9	12,6	0,0
87	Abwicklung Soll-Überschuss laufendes Jahr	0,0	0,0	0,0
89	Summe 8 (Gesamtausgaben)	7.369,2	7.992,5	9.292,4
99	Administratives Jahresergebnis <i>Summe 7 minus Summe 8</i>	67,4	293,3	19,9

AKTENVERMERK

Gegenstand: Schlussbesprechung über das Gutachten betreffend Einschau in die Gebarung der Marktgemeinde Ottensheim

Aktenzahl: 210071-2010-Es

Ort und Datum: Landesrechnungshof, am 18. November 2010

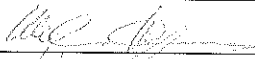

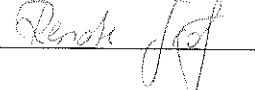
Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Bürgermeisterin Ulrike Böker
Amtsleiterin Renate Gräf M.A.
Leiter der FinAbt Herbert Liedl

Mitglieder des LRH: Direktor Dr. Helmut Brückner
Martin Mühlbacher, MBA
Hubert Eschlböck, PL
Daniela Grillberger

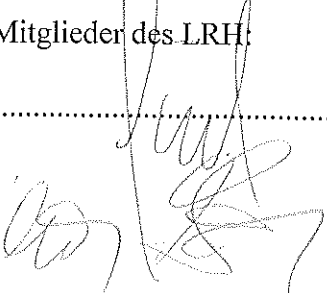
Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist das vorläufige Ergebnis in der gegenständlichen Schlussbesprechung vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht worden. Die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mündlich eingebrachten Stellungnahmen wurden eingearbeitet (Kennzeichnung mit 3 an der zweiten Stelle und mit Kursivdruck).

Gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG besteht darüber hinaus die Möglichkeit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme zum vorläufigen Ergebnis.

- 1) Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer verzichten auf die gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG eingeräumte Gelegenheit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme.
- 2) Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer behalten sich die Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG vor.

Name in Blockbuchstaben	Unterschrift	1) Stellungnahme- verzicht	2) schriftl. Stellung- nahme
ULRIKE BÖKER		X	
HERBERT LIEDL		X	
RENATE GRÄF		X	

Mitglieder des LRH:

.....


.....
